

# micha.links

„Und sie werden ihre Schwerter umschmieden zu Pflugscharen und ihre Speere zu Winzermessern. Kein Volk wird mehr gegen das andere das Schwert erheben, und sie werden den Krieg nicht mehr erlernen.“ (Micha 4,3)

## MILITARISIERUNG

### EDITORIAL

Entfeindung - Hartmut Futterlieb, Franz Segbers

### BEITRÄGE

- Herbert Böttcher      Militarisierung, Sozialabbau, Kriegswirtschaft ... Krieg? .....
- Frieder Claus         Der Rüstungswahn zerstört den Sozialstaat .....
- Michael Klundt        Angst der Jugend vor Krieg
- Reza Schwarz         (Re)Militarisierung der Bildung.  
Zugang der Bundeswehr zu Kitas und Schulen in der Geschichte und  
Gegenwart der BRD
- Martin Gück            Armee statt Arme und Ärmste:  
Umverteilung und Entsolidarisierung à la „Zeitenwende“
- Bruno Kern            „... den Krieg gründlich verlernen“
- Reinhard Heinrich    Wann kultivieren wir den Frieden?
- Susanne Büttner      Mutig – stark – beherzt für die Arbeit an einer Welt ohne Kriege.  
Ökumenisches Friedenszentrum während des Evangelischen Kirchentags

### REZENSIONEN

Ole Nymoen, Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde. Gegen die Kriegstüchtigkeit, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg, 2025 (Franz Segbers)

### HINWEISE – MATERIALIEN - VERANSTALTUNGEN

## EDITORIAL

### Entfeindung

Hartmut Futterlieb / Franz Segbers

Konfuzius war Staatsphilosoph. Er lebte vermutlich im 5. Jahrhundert v.u.Z. Von ihm stammen der folgende Text:

Wenn die Worte nicht stimmen,  
dann ist das Gesagte nicht das Gemeinte.  
Wenn das, was gesagt wird, nicht stimmt,  
dann stimmen die Werke nicht.  
Gedeihen die Werke nicht,  
so verderben Sitten und Künste.

Darum achte man darauf, dass die Worte stimmen.

Das ist das Wichtigste von allem.

Das Wort „Kriegstüchtigkeit“ suggeriert eine positive Eigenschaft, die voraussetzt, dass „Krieg“ zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Unsere Empfindung für die Unmenschlichkeit des Mordens im Krieg wird neutralisiert, wenn von den „hohen Verlusten“ gesprochen wird oder dem „Blutzoll“, den die „Verteidigung“ erfordert. Das Gesagte ist nicht das Gemeinte, sondern soll meine Einstellung beeinflussen.

Diese Instrumentalisierung von Sprache gehört zum „Framing“. „Frames“, also sprachliche Bedeutungsfestlegungen, pflanzen ideologische Weltansichten in unsere Köpfe, oft ohne dass wir es merken. Wir gewöhnen uns an sprachliche Muster, bis sie unser Handeln bestimmen. Heinrich Mann schilderte diese ideologische Zurichtung in seinem Roman der Untertan. Die Feindschaft zu „den Franzosen“ wurde schon lange vor dem Ersten Weltkrieg eingeübt.

So ist es auch heute, wenn „die Russen“ als grundsätzlich Feinde dargestellt werden, Putin grundsätzlich als Verbrecher geschildert wird, so dass ein Friedensvertrag mit ihm gänzlich unmöglich erscheint. Warum wurde die Kommunikation zwischen wissenschaftlichen Instituten, zwischen Schulen und anderen zivilen Einrichtungen plötzlich abgebrochen? Sie wären wichtig gewesen, um Kontakte mit der

Gegenseite aufrecht zu erhalten und möglicherweise für Friedensbemühungen zu nutzen. Freilich wird auf der anderen Seite das Feindbild „Der Westen“, „die NATO“ usw. gepflegt. Die („a“)sozialen Medien können diesen Hype noch verschärfen, weil sie auf Aufmerksamkeit angewiesen sind und Skandalisierung die Aufmerksamkeit fördert.

In der Bergrede hat Matthäus Jesus provozierende Worte in den Mund gelegt. Es geht ihm darum, dass Versöhnung grundsätzlich notwendig ist, damit, damit es gar nicht erst zum Töten kommt:

„Ihr habt gehört, dass zu den Alten gesagt wurde: Du sollst nicht töten. Wer aber tötet, der sei dem Gericht übergeben. Ich aber sage euch: jeder, der seinem Bruder zürnt, sei dem Gericht übergeben. Und wer zu seinem Bruder sagt: Du Trottel, der sei dem Hohen Rat übergeben. Und wer sagt: Du Narr, der sei der Feuerhölle übergeben.“ (Mt. 21,22; Zürcher Bibel)

Und er verschärft die Forderung nach Versöhnung noch am Ende des Kapitels 5:

„Ihr habt gehört, dass gesagt wird: Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen. Ich aber sage euch: Liebt eure Feinde und betet für die, die euch verfolgen, so werdet ihr Söhne und Töchter eures Vaters im Himmel; denn er lässt die Sonne aufgehen über Böse und Gute und lässt regnen über Gerechte und Ungerechte. Denn wenn ihr die liebt, die euch lieben, welchen Lohn könnt ihr da erwarten? Tun das nicht auch die Zöllner? Und wenn ihr nur eure Brüder grüßt, was tut ihr da Besonderes? Tun das nicht auch die Heiden? Ihr sollt also vollkommen sein, wie euer himmlischer Vater vollkommen ist.“ ( Mt. 5, 43-48; Übersetzung: Zürcher Bibel)

Jesus lebt in einer ökonomisch, politisch und ideologisch zerstrittenen Welt, in der Unterdrückung zur Tagesordnung gehört und

zugleich Aufstände mit nationalistischen Schlachtrufen inszeniert wurden. Vermutlich weiß Matthäus aus Erzählungen, wie sich zwei verfeindete zelotische Gruppen im Zentrum Jerusalems gegenseitig umbrachten, bevor die Römer die Stadt eroberten. Deshalb plädiert er für eine radikale Entfeindung. Matthäus schreibt den Text in einer Großstadt des römischen Imperiums, in der die Menschen durch blutrünstige Gladiatorenspiele an Hass und Mord gewöhnt werden. Gladiatoren sind Mörder, werden aber verehrt wie Helden: „Wenn die Worte nicht stimmen...“

Bekanntlich hatte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem Kirchentag in Hamburg 1981 mitten in der Aufrüstungsdebatte um die Stationierung von Raketen sich auf Bismarck berufen, von dem der Satz stammt: „Mit der Bergpredigt lässt sich kein Staat regieren.“ Für Schmidt jedenfalls war klar, „dass es ein Irrtum wäre, die Bergpredigt als einen Kanon für staatliches Handeln aufzufassen.“ Beide dachten wohl vorerst an eben diese Zumutung einer Entfeindungs- und Realprogramm im Ernstfall eines Konflikts. Der religiöse Sozialist Leonhard Ragaz stellt mit Recht auf die Frage nach der Erfüllbarkeit: „Ist das nicht zu viel verlangt? Kann man die lieben, die uns hassen und uns Böses antun? ... Ist das nicht sittliche Utopie? Ist das nicht eine Illusion?“<sup>1</sup>

Der jüdische Gelehrte Pinchas Lapide legt den Sinn frei, indem er den hebräischen Sprachhintergrund freilegt. Es gehe weder um Sympathie noch Gefühlsduselei, sondern einzig und allein um eine Praxis. Entfeindung meint einen „versöhnlichen Umgang mit dem Gegner, der letzten Endes seine Entfeindung bezweckt“<sup>2</sup>. Gemeint ist eine politische und geradezu subversive Praxis, die zum Ziel hat, dass der Feind aufhört, ein Feind zu sein.

Entfeindung ist notwendig, wenn ideologische Verblendung die Sicht der jeweils anderen Seite verstellt, was durch die Militarisierung der Sprache vorangetrieben wird. Zuhören und

Verstehen ist eine Form der Entfeindung. Das bedeutet nicht, die feindlichen Handlungen zu entschuldigen oder gar gut zu heißen. Aber es ist ein Schritt, der es ermöglicht, die Perspektive zu wechseln. Adrian Kaske schreibt in der Frankfurter Rundschau (Nr. 78, 2. April 2025, S. 5; Politik: „Eine Gruppe von Sicherheits- und Militärexperten kritisiert den Ton der aktuellen Sicherheitsdebatte in Deutschland. Diese habe ‚Maß und Mitte‘ verloren. ‚Der derzeit verbreitete Alarmismus in Teilen der Politik und der Medien ist nicht plausibel und basiert auf keiner seriösen Bedrohungsanalyse‘ heißt es in einer Stellungnahme. Unterzeichnet und verfasst wurde sie von Prof. Dr. Johannes Varwick, Politikwissenschaftler an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und vierzehn anderen Experten... Das von Wladimir Putin regierte Land sei eine ‚beherrschbare militärische Bedrohung‘, die Nato sei ‚heute und auf absehbare Zeit in praktisch allen militärischen Belangen ungleich stärker als Russland‘.“ Der Alarmismus verstärkt die Eskalation in der Sprache, bis alle Begriffe umgekehrt werden, so dass es heißt: „Krieg ist Frieden, Freiheit ist Sklaverei und Unwissenheit ist Stärke“ (George Orwell, 1984).

Wenn einer Verständigung mit dem Gegner nicht einmal der Hauch einer Chance eingeräumt wird, dann entsteht eine tödliche Rüstungsspirale, die die eigenen Ansprüche auf Wahrhaftigkeit und Einhaltung von verabredeten Regeln unterläuft. Weil das Narrativ gepflegt wird, Russland bedrohe vor allem Polen und die baltischen Staaten, möchten diese aus dem internationalen Vertrag zum Verbot von Anti-Personen-Minen aussteigen. „‘Die frühere rechtliche Verpflichtung‘, so zitiert die Süddeutsche Zeitung das litauische Verteidigungsministerium, werde ‚heute als Einschränkung der Fähigkeiten Litauens ...angesehen‘.“

Feindbilder zerstören die eigenen Versuche, Menschlichkeit zu bewahren.

<sup>1</sup> Leonhard Ragaz, Die Bergpredigt, Bern 1979, 92.

<sup>2</sup> Pinchas Lapide, Die Bergpredigt. Utopie oder Programm, Mainz 1982, 100.

## Militarisierung, Sozialabbau, Kriegswirtschaft ... Krieg?

Herbert Böttcher

Innerhalb weniger Wochen kam es in Deutschland zu einer Wende von der Schuldenbremse zu einer gigantischen Verschuldung. Damit soll der marode Standort Deutschland konkurrenzfähig und kriegstüchtig gemacht werden. Die Notwendigkeit der Militarisierung erscheint so plausibel, dass es nicht einmal zu einer Debatte über halbwegs realistische Bedrohungsszenarien kommt.

---

### *Die „Weltordnungskriege“ der vergangenen Jahrzehnte waren eine Reaktion auf in der Krise des Kapitalismus zerfallende Staaten und deren Übergang in eine Verwilderung ....*

---

Als „Begründung“ reicht: „Der Russe steht vor der Tür“ (Jens Spahn). Wer Zweifler sucht, muss schon bei Habermas Zuflucht nehmen. „Statt des fahnenschwenkenden Kriegsgeschreis ... wäre ... ein realistisches Nachdenken über die Risiken eines längeren Krieges am Platz gewesen“<sup>3</sup>,

<sup>3</sup> Jürgen Habermas, Ein Appell für Europa. Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung, 21.3. 25.

<sup>4</sup> So der Moralthologe Jochen Sautermeister im Kölner Stadt-Anzeiger, 10.3. 2025.

<sup>5</sup> Jan von Arken, zitiert nach Kölner Stadt-Anzeiger vom 10.3. 2025.

<sup>6</sup> Vgl. dazu platt: Yossi Bartal, Warum es wichtig ist, Kapitalismuskritik zu personifizieren, in: nd 20.3.2025 <https://www.nd-aktuell.de> und: Alexander Demirović,

schreibt er im Rückblick auf den Beginn von Russlands Angriff auf die Ukraine. Die Kirchen verhalten sich mal wieder eher konformistisch. Sie sollen – so mahnt ein Moralthologe – die Politik unterstützen.<sup>4</sup> Als ob es dazu noch Ermahnungen bedürfe. Aus der Linken sind Warnungen vor imperialistischen Orientierungen zu vernehmen: „Ein eigener europäischer Weltmachtanspruch wäre ein fataler Irrweg.“<sup>5</sup>

Ausgeblendet bleibt die Frage nach Krieg und Kapitalismus. Gegen die Sehnsucht nach einer „heilen Welt“ kapitalistischer Normalität kommt Kapitalismuskritik scheinbar nicht an. Sie wäre aber nötiger denn je – allerdings nicht als Regression im Rahmen einer „ewigen Wiederkehr“ von Beschwörungen des Klassenkampfes oder von Personalisierungen, die Halt darin suchen, dass sich entgegen der Analyse abstrakter Herrschaft doch Herrschende als zentrale Akteure ausmachen lassen.<sup>6</sup> „Ein realistisches Nachdenken“ hätte zur Kenntnis zu nehmen, dass die Krisen nicht auf Herrschende – weder auf ihre Profitgier noch auf ihr Versagen – zurückzuführen sind. Auch geht es nicht um imperiale Ausweitung nationaler oder in Blöcken zusammengeschlossener Macht, sondern um Ausgrenzungs- und Sicherheitsimperialismus. Die „Weltordnungskriege“<sup>7</sup> der vergangenen Jahrzehnte waren eine Reaktion auf in der Krise des Kapitalismus zerfallende Staaten und deren Übergang in eine Verwilderung, in der Banden und Terrorgruppen um staatliche Zerfallsmassen, nicht zuletzt um Zugang zu Rohstoffen, noch funktionierenden Produktionsstätten und Rest-Märkten kämpfen. Sie sollten Ordnung schaffen und so die Funktionsfähigkeit des globalen Kapitalismus

Macht der Mächtigen oder anonyme Herrschaft? Zur Konstitution des Ökonomischen, in: Jochen Bung, Franziska Matinsen, Hanna Meißner, Christian Schmitz, Benno Zabel [Hrsg.], Ökonomie als Gesellschaftstheorie, Baden Baden 2024, 119 - 153.

<sup>7</sup> Vgl. Robert Kurz, Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, erw. Neuausgabe, Springer 2021.

sichern. Das ist krachend gescheitert, wofür der chaotische Abzug aus Afghanistan ein beredtes Zeugnis ist. Der Ausgrenzungsimperialismus zielt auf Migranten, die als Bedrohung der Wohlstandswelten angesehen werden. Angesichts des Zwangs, Wert- und Mehrwert schaffende Arbeit durch Technologie zu ersetzen, stoßen auch sie auf Grenzen der Finanzierbarkeit. Nach innen Sozialabbau und nach außen repressive Sicherung der Grenzen vor Fliehenden ist die Antwort der Krisenverwaltung. Sie entspricht der kapitalistischen Logik, Menschen in verwertbares und überflüssiges Menschenmaterial zu selektieren.

Mit Russlands Angriff auf die Ukraine kommt Krieg auch wieder nach Europa. Hier zeigt sich, dass auch die ehemaligen Großmächte in die ökonomischen und politischen Zerfallsprozesse einbezogen sind. Bereits der Zusammenbruch der Sowjetunion und ihres Imperiums war nicht der Zusammenbruch einer Systemalternative, sondern der Kollaps der etatistischen Variante der Warenproduktion.<sup>8</sup> Nach dem Scheitern von Russlands Versuch, die Krise neoliberal zu bewältigen, kommt es zu einer autoritären Wende, mit der Kontrolle angesichts des Zerfalls zurückgewonnen werden soll. Die USA konnten ihren ökonomischen Zerfall zunächst durch ihre

---

## *Auch die Heimatfront muss kriegstüchtig gemacht werden.*

---

militärische Stärke und den daran gebundenen Dollar als Weltgeld kompensieren. Die Konjunktur konnte über Defizitkreisläufe stabilisiert werden, die es möglich machten, die exorbitante Verschuldung im Rahmen einer Finanzblasenökonomie aufrecht zu erhalten. Immer wieder neue Finanzkrisen signalisieren

das Ende der Defizitkreisläufe. Auch Chinas Wirtschaft steckt in der Krise wie nicht zuletzt das Entgleisen des Hegemonialprojekts Seidenstraße deutlich macht. Die neoliberale Phase, die Akkumulationskrise des Kapitals durch globale Schuldentürme und entsprechende Spekulationsblasen zu kompensieren, kommt an ihr Ende.

Aus den Krisen kann sich jedoch keine neue hegemoniale Führungsmacht mehr herauskristalisieren, weil keine neue Phase der Akkumulation von Kapital in Sicht ist, die Grundlage dafür sein könnte. Die USA steigen ab, aber nicht einmal China ist in der Lage, die Rolle einer neuen Hegemonialmacht zu übernehmen. Ökonomischer Abstieg geht einher mit dem Verlust politischer Handlungsfähigkeit nach innen wie nach außen. Dennoch wird um Dominanz gekämpft. Immer schneller wechseln Zweckbündnisse und taktisches Stillhalten. Auch die Großmächte befinden sich in einen irrationalen Konkurrenzkampf um Selbstbehauptung inmitten des Zerfalls.

Perspektivlosigkeit macht ihr Agieren autoritärer, unberechenbarer, irrationaler und gefährlicher. Damit geht gesellschaftlich der Ausfall der Reflexion auf die gesellschaftliche Totalität der kapitalistischen Verhältnisse und ihrer Krise einher. Falsche Unmittelbarkeit als deren Kehrseite spiegelt sich in Personalisierungen. Zum zentralen Problem wird dann Putins Machtbesessenheit. Seit Trump werden die ökonomischen und politischen Zerfallsprozesse der USA auf den Wahnsinn eines irre agierenden narzisstischen Präsidenten projiziert. Europa flüchtet sich an die heile Welt der Demokratie und halluziniert sich als Bastion zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten. Nicht zur Kenntnis genommen wird, dass real die Freiheit der Zahlungsfähigen verteidigt werden soll und das nicht ‚freiheitlich‘, sondern umso autoritärer, repressiver, ressentimentgeladener und irrationaler je mehr die Krisenprozesse außer Kontrolle geraten.

---

<sup>8</sup> Vgl. Robert Kurz, Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie, Leipzig 1994.

Militarisierung als irrational-unmittelbare Antwort wird sich nicht auf Rüstung beschränken. Auch die Heimatfront muss kriegstüchtig gemacht werden. Absehbar ist, dass Verschuldung die Krisen verschärfen wird. Die Tendenzen weisen in Richtung Kriegswirtschaft; denn in sich verschärfenden Krisen wächst der Druck, den Zugang zu Ressourcen zu sichern und dafür sorgen, dass wenigstens eine sozialdarwinistische Reproduktion möglich ist. Was bleibt, könnte eine Gemengelage von autoritärem Regime und Anomie sein – analog zu dem, was in den Zerfallsregionen des Globus vor sich geht. In all dem lauert das Potential irrationaler Selbstvernichtung – evtl. auch europäisch überhöht als höchstem Ausdruck der Verteidigung von Freiheit und Demokratie – in einer Situation, in der der irrationale kapitalistische Selbstzweck, Kapital um seiner selbst willen zu vermehren, auf absolute Grenzen stößt.

Die zentrale Herausforderung der Linken besteht darin, sich von einer Realpolitik zu lösen, an der tendenziell nichts real und alles illusionär ist. Sie müsste theoriefähig werden. Dann könnte sie der Propagierung der Kriegsfähigkeit offensiv entgegenzutreten. Nur im Ausgriff auf das Ganze kapitalistischer Vergesellschaftung als abstrakter Herrschaft lässt sich erkennen, welche gefährlich-irrationalen Potential mit der Militarisierung verbunden ist und dass Emanzipation nur zu haben ist, wenn mit der kapitalistischen Form der Gesellschaft gebrochen wird und auf dieser Grundlage Prozesse der Transformation vorangetrieben werden.



**Ökumenisches Netz**  
R H E I N M O S E L S A A R

---

*Die Tendenzen weisen in Richtung Kriegswirtschaft; denn in sich verschärfenden Krisen wächst der Druck, den Zugang zu Ressourcen zu sichern und dafür sorgen, dass wenigstens eine sozialdarwinistische Reproduktion möglich ist.*

---

Herbert Böttcher, Dipl. Theol., bis 2016  
Pastoralreferent im Dekanat Koblenz, engagiert  
beim Ökumenischen Netz Rhein Mosel Saar und  
bei dem Verein für kritische  
Gesellschaftswissenschaften exit!

## Der Rüstungswahn zerstört den Sozialstaat

Frieder Claus

Die Spatzen pfeifen's von den Dächern: Deutschland rüstet auf, Europa rüstet auf. Es erscheint wie eine Massenpsychose zwischen Angst und Größenwahn. Mit größter Mühe wurde im letzten Jahr das NATO-Rüstungsziel von zwei Prozentziel vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) erreicht. Dafür musste die Kindergrundsicherung, der Pflegezuschuss und die Sicherung vieler sozialer Dienste geopfert werden. Für diese zwei Prozentziel kamen 66 Mrd. € aus dem laufenden Haushalt und weitere 20 Mrd. € aus dem „Sondervermögen Bundeswehr“ Dieser Topf aber läuft 2027 leer.

Nunmehr werden Ausgaben von 3,5 Prozent (Habeck), 5 Prozent (Trump) und „mehr als 5 Prozent“ (AfD) der deutschen Wirtschaftsleistung BIP gefordert:

BIP Deutschland betrug im Jahr 2024 ca. 4.306 Mrd. €

Wer 3,5 Prozent des BIP fordert, der will insgesamt 150 Mrd. € für den Militäretat ausgeben, das sind 84 Mrd. € mehr als bisher. Wer 5 Prozent des BIP für den Militärhaushalt ausgeben will, fordert 215 Mrd. € und will

---

*Am Krieg verdienen die Reichen;  
die Armen zahlen und bringen die Leichen.*

---

149 Mrd. € mehr als bisher aufbringen.

Der Bundeshaushalt beläuft sich auf 480 Mrd. €. Schon Mehrkosten von 84 Mrd. € für 3,5 Prozent würden keinen Stein auf dem anderen

lassen. Die Gesamtausgaben der Ministerien für Bildung, Gesundheit, Familien und Wohnen betragen gerade mal 59 Mrd. €.

Nach CDU, SPD und Grünen werden nun, neben einem Sondervermögen (d.h. Sonderschulden) für Infrastruktur von 500 Mrd. alle Rüstungsausgaben über ein Prozent des BIP von der Schuldenbremse

---

*Dafür musste die Kindergrundsicherung, der Pflegezuschuss und die Sicherung vieler sozialer Dienste geopfert werden.*

---

ausgenommen. Die nach oben offene Schuldenskala würde schon bei 3,5 Prozent in 12 Jahren Laufzeit fast 1,3 Billion € zusätzliche Schulden bringen. Damit verdoppeln die neuen Sonderschulden die Schulden und Zinslast des Bundes.

Nach Beschluss des Haushaltsausschusses sind nun zusätzlich zu diesen Ausgaben bis 2029 noch über 15 Mrd. € für Waffen an die Ukraine bewilligt. Dies ist mehr als das Doppelte des Jahresbudgets für Wohnen. Was könnte mit diesem Betrag gegen die Wohnungsnot in Gang gesetzt werden!

Diese astronomischen Summen müssen von der Bevölkerung bezahlt werden. „Die Zeit des Paradieses ist vorbei“, bereitet uns Friedrich Merz auf harte Kürzungen vor. Schon 2028 beginnt die Rückzahlung der Schulden aus der Coronahilfe.

Das hochverschuldete Frankreich tut sich da

noch schwerer. Vergleichsweise bescheidene einhundert Mrd. € will Macron für die Aufrüstung finanzieren, doch sein Rechnungshof schlägt Alarm: Die Staatspleite drohe, denn 2029 müssten dann weit über 100 Mrd. € Zinsen bezahlt werden. Sie würden zum größten Posten im Haushalt. Die französische Regierung ruft nun ihre Bürger zu Spareinlagen ab fünfhundert € auf, um sich am Rüstungsgeschäft zu beteiligen.

Für Rüstungskonzerne beginnt dagegen eine neue Zeitenwende. Der Aktienkurs von Rheinmetall lag Anfang 2022 bei weniger als 90 €, jetzt aber bei über 1.400 €. Die Aktionäre konnten ihre Einlage damit versiebzehnfachen, wer für 1.000 € kaufte, hat jetzt über 17.000 €. Allein seit Jahresbeginn hat sich der Kurs fast verdoppelt und wird nun in den Himmel schießen. Dorthin fließt das Geld.

Am Krieg verdienen die Reichen;  
die Armen zahlen und bringen die Leichen.

### **Putin kommt**

Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess sagte Hitlers Mann Göring, man könne eine kriegsunwillige Bevölkerung leicht zum Krieg überreden, wenn man ihr sagt, sie werde überfallen. Diese Angst wird mit der völlig faktenfreien Erzählung geschürt, Putin werde uns ab 2030 angreifen. Doch er wäre suizidal, die zehnfach überlegene NATO anzugreifen, zumal er in drei Jahren kaum mit der Ukraine fertig wird. Und verschwiegen wird, dass der Zankapfel seit 2008 die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ist – diesen Joker hat Trump nun erfolgreich gespielt.

Doch Eltern wissen: gegen Angst wirkt keine Vernunft.

### **Europa am Abgrund**

---

<sup>9</sup> Siehe die Ausführungen hier: <https://www.berliner-zeitung.de/news/boris-johnson-fraktionsvorsitzender-der-selenskyj-partei-ukraine-krieg-haette-2022-beendet-sein-koennen-li.2162278>

Die neue Sicht von Trump ist, dass die Ukraine den Krieg nicht gewinnen kann. Er steht damit im Einklang mit obersten Generälen wie US-amerikanische General und Generalstabschef der Streitkräfte Mark A. Milley, der ukrainische General und Oberkommandierender der Streitkräfte Walerij Fedorowjtsch Saluschnyj, der deutsche General der Luftwaffe, Generalinspekteur der Bundeswehr der ranghöchste Offizier der Bundeswehr und Vorsitzender des NATO-Militärausschusses Harald Kujat u.a.. Trump kann nicht verlieren. Er hat sich deshalb verabschiedet vom westlichen Programm, man könne Russland militärisch besiegen, mit dem die Ukraine drei Jahre in die Irre geführt wurde. Schon im April 2022 mit den Verhandlungen in Istanbul wäre da ein Frieden möglich gewesen – ohne Zerstörung, Hunderttausender von Toten und Teilung der Ukraine.<sup>9</sup>

Als großer Dealer plündert Trump nun die Ukraine mit ihren Bodenschätzen, ganz im Stil eines Imperators, der seine Beherrschten schröpft. Beim Krieg geht es nie um Moral, es geht um knallharte Interessen, so schon Egon Bahr.

Die EU hat diese Wende nicht begriffen und setzt auf Kriegslogik und Waffen – jetzt erst recht. Sie hat als Friedensnobelpreisträger in drei Jahren keinerlei Friedensinitiative für ihre eigene Region entwickelt und heult nun, wenn diese Initiative von anderen ergriffen wird.

### **Kein Mitleid!**

Anstelle einer eigenständigen Außenpolitik für eine gesamteuropäische Sicherheits- und Friedensordnung mit einer nachhaltigen EU-Nachbarschaft hält sie weiter am Irrglauben fest, Russland mit einer Politik angeblicher Stärke in die Knie zu zwingen. Wie wenig sie damit ernst genommen wird, zeigen die

und: <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/ukraine-krieg-wie-die-chance-fuer-eine-friedensregelung-vertan-wurde-li.2159432>

Reaktionen aus Washington und Moskau. Man lässt sie einfach ins Leere laufen.

Nunmehr scheint man es aber wissen zu wollen. Ursula v. d. Leyen will achthundert Mrd. € für Rüstung und Waffen mobilisieren, womit die Mitgliedsstaaten auch mehr Waffen für die Ukraine liefern sollen (es ist das Programm, von dem wir erst nach der Wahl erfahren sollten). Deutschland muss wie immer 25 Prozent der Kosten tragen. In dieses Paket soll auch der milliardenschwere Kohäsionsfonds fließen, der für Umweltschutz vorgesehen war – Aufrüstung statt Klimaschutz.

Doch das ist lange nicht alles. Nach dem Brüsseler Thinktank Bruegel und dem Kieler Institut für Weltwirtschaft brauche es weitere 250 Mrd.. € - jährlich und zusätzlich zu den jetzigen Rüstungsausgaben, um sich unabhängig von den USA zu machen. Dabei geht es um 300.000 Soldaten und 3.400 neuen Panzern.

Unbenannt bleiben ein eigenes Sattelitensystem zur Steuerung und Abwehr von Raketen und die Entwicklung eigener Mittelstreckenraketen. Und last not least geht es um den Wiederaufbau der zerstörten Ukraine als gewünschtes EU-Mitglied, wo es in die Billionen geht. Diese ungeheuren Kosten können ganze Volkswirtschaften umwerfen und es wird bezweifelt, dass die 27 Mitgliedstaaten diese gemeinsam mittragen. Südeuropäische Mitgliedsländer wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal haben bereits Einwände angemeldet. Eine weitere große Frage ist, wie die USA reagieren, wenn Trump einen schnellen Frieden will und die Europäer den Krieg mit Waffenlieferungen verlängern - die beiden Züge fahren in verschiedener Richtung. Die EU fährt einen zerstörerischen Kurs, nicht nur für die Sozialstaaten.

### **Und unsere neue Regierung?**

Die SPD hat in der Großen Koalition zu diesem Schuldendebakel nun von der so notwendigen

Besteuerung des Reichtums abgesehen und auf eine Vermögenssteuer oder eine Erhöhung der Erbschafts-oder Kapitalertragssteuer verzichtet. Als Sündenböcke abgestraft werden dagegen Flüchtlinge und Bürgergeldbezieher.

Nur ein Beispiel zum Kahlschlag Bürgergeld: In Fortsetzung der Diffamierung von „Massen von Arbeitsunwilligen“ soll diesen nun jegliche Leistung entzogen werden. Die Beratungsdienste wissen, dass es sich dabei stets um wenige Fälle aus der Gruppe Psychisch- bzw. Suchtkranker oder Verhaltensgestörter handelt, die ohnehin kein Arbeitgeber will. Doch auch diese dürfen in einem Sozialstaat nicht unter die Brücken getrieben und der Verwahrlosung preisgegeben werden. Eine gnadenlose Missachtung aller Vorgaben des Verfassungsgerichts!

Erstaunt stellt man im Koalitionsvertrag fest, dass ansonsten fast nichts zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme – vom Arbeitslosengeld über Pflege- und Rentenversicherung bis hin zum Wohngeld – gesagt wird. Doch Geduld, das Schlimmste kommt noch. Dazu Jens Spahn zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen: „Bei den sozialen Sicherungssystemen haben wir noch ‘ne Riesenbaustelle, die wir noch nicht vereinbart haben.“

Irgendwoher muss das Geld für die astronomischen Schulden ja schließlich herkommen. Und für die Kriegstüchtigkeit gibt es seit Menschengedenken stets dasselbe Menü: Kanonen statt Butter. Nur eine neue Entspannungspolitik kann den Wahn beenden und den Sozialstaat retten.

Frieder Claus war bis zu seinem Ruhestand Referent und Armutsexperte der Diakonie Württemberg. 1987 hatte er den Verein Heimstatt Esslingen mitbegründet und initiierte 2013 die Unabhängige Hartz-IV-Beratung im Landkreis Esslingen als Netzwerk von 13 Beratungsstellen. Friedenspolitisch aktiv ist er in der Friedensinitiative Waiblingen.

## Angst der Jugend vor Krieg

Michael Klundt

Die Militarisierung der Gesellschaft und des Denkens schreitet munter voran. Doch, was macht das eigentlich mit Kindern und Jugendlichen?

In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 1. Dezember 2024 unterrichtet Anna Sophie Kühne unter dem Titel „Das kostet ein eigener Bunker“ allen Ernstes über scheinbar notwendigen und ganz normalen Bau privater Bunker sowie dessen Förderung durch die Bundesregierung.<sup>10</sup> Schon ein paar Wochen vorher, am „Tag der deutschen Einheit“ berichtete der Hessische Rundfunk in Radio und Fernsehen ironiefrei und völlig kritiklos über die Frage, ob Hessen eigentlich ausreichend

---

### *Karl Lauterbach und sein Tweet „Wir sind im Krieg mit Putin“*

---

„kriegstüchtig“ sei.<sup>11</sup> Ohne auch nur die geringsten Bedenken darüber zu äußern, wird das gesamte Bundesland danach „überprüft“ und festgestellt, dass zum Beispiel Straßen und Brücken dringend renoviert werden müssten, damit die tonnenschweren Panzer der US-Army und der Bundeswehr Richtung Osten darüber fahren können. Außerdem müsse mit dem Transport und der medizinischen Behandlung von vielen tausenden Verletzten gerechnet werden. In Großstädten planen Mediziner Krankenhäuser unter der Erde für tausende von Patient(inn)en. In anderen öffentlichen Radiosendern wird dazu geraten, mindestens für zwei Wochen Nahrungsreserven zuhause zu

lagern für den sog. Ernstfall. So informiert der Norddeutsche Rundfunk darüber, dass das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz“ einen Bunkerplan erarbeitet und setzt sich ausführlich mit der Frage auseinander, welche Lebensmittel sich am besten für einen Vorrat eignen.<sup>12</sup> Der Großteil der Bevölkerung, der Medien, der Wissenschaften nehmen das alles schweigend oder scheinbar zustimmend zur Kenntnis, so als würde es sich um die Gefahr einer gottgegebenen Naturkatastrophe oder mögliches schlechtes Wetter handeln. Es muss nicht erwähnt werden, dass sich alle genannten Vorsichtsmaßnahmen – vom Vorrat bis zum Bunker – angesichts der neuen Waffengattungen als völlig nutzlos erweisen, also rein ideologisch-demagogische Funktionen und Strategien manipulativer Kriegspsychologie darstellen.

Schon der bisherige Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und sein Tweet „Wir sind im Krieg mit Putin“<sup>13</sup> und Ex-Bundesaußenministerin Baerbocks Verkündung im Europarat „Wir kämpfen einen Krieg gegen Russland“<sup>14</sup> wurden weltweit teils mit Verwunderung beachtet, zum Glück oft als Quatsch missachtet und in deutschen Qualitätsmedien weitgehend bagatellisiert.

Fragen wir uns ernsthaft, warum so viele Kinder und Jugendliche Angst vor Krieg haben?

#### **Kriegstüchtigkeit als „neue Normalität“?**

Neulich sagte ein Jugendlicher nach einer Veranstaltung über den „Rechtsruck“ zum Verfasser dieser Zeilen, er habe ja nichts für die AfD übrig, aber die hätten zumindest einen guten Vorschlag. Sie würden mehr Zeltlager fordern und angesichts der zu befürchtenden Kriegszustände sei es doch gut, in Wald und Wildnis überleben zu können. Was für eine

---

<sup>10</sup> Anna Sophie Kühne: Das kostet ein eigener Bunker, in FAS v. 1.12.2024.

<sup>11</sup> Vgl. Teresa Peters: Hessen macht sich Stück für Stück kriegstüchtig, in: Hessenschau.de v. 3.10.2024.

<sup>12</sup> Vgl. Vorrat für Notfälle anlegen: Welche Lebensmittel eignen sich?, in: NDR.de v. 26.11.2024.

<sup>13</sup> SPIEGEL.de v. 01.10.2022.

<sup>14</sup> ZDF.de v. 26.01.2023.

jugendliche Perspektive, dachte sich der Autor. Laut Befragung der Shell-Studie 2024 unter 12- bis 25-Jährigen gaben 81 Prozent der Jugendlichen an, Angst vor Krieg in Europa zu haben. Demnach fürchten sich deutlich mehr Menschen in der Altersgruppe von 12 bis 25 Jahren vor Krieg, Armut und Umweltverschmutzung als vor Zuwanderung nach Deutschland. Vor Armut fürchten sich mit 67 Prozent deutlich mehr junge Menschen als vor Arbeitslosigkeit (35 Prozent). Außerdem gibt mit 58 Prozent mehr als die Hälfte der Befragten an, Angst vor Rassismus beziehungsweise „Ausländerfeindlichkeit“ zu haben, während nur 34 Prozent sich vor „Zuwanderung nach Deutschland“ fürchten.<sup>15</sup>

Dabei ist es bitter zu erleben, dass viele (junge) Menschen, die berechtigterweise – nicht (nur) wegen falscher Kommunikation der Regierenden – mit der Politik der Bundesregierung und deren Auswirkungen unzufrieden sind, sich ausgerechnet eine rassistische Partei als „Alternative für Deutschland“ aussuchen; eine Partei die Zeit ihres Bestehens immer gegen einen armutsfesten Mindestlohn, gegen eine Vermögensteuer, gegen eine Bürgerversicherung, für Aufrüstung, für die Wehrpflicht, für den Gaza-Krieg und mehr Geld für das Militär eintritt; eine Partei, die den sozialen Rechtsstaat noch radikaler zerstören will, als das die übrigen Parteien bereits vorangetrieben haben.

#### **Jugend-Studien und mediale Diskurse über „die rechte Jugend“**

Wer berechtigterweise besorgt ist über die vielen jugendlichen Rechtswähler, sollte allerdings die anderen Altersgruppen und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge nicht ausblenden.<sup>16</sup> Andernfalls wurde und wird häufig „die Jugend ist rechts“ oder „die Jugend wählt rechts“ behauptet, obwohl zumindest eine große Mehrheit der Jungwähler gerade nicht AfD gewählt hat (zumindest deutlich mehr als 60 Prozent). Diese Form der Pauschalisierung erfüllt

offenbar eine gewisse gesellschaftspolitische Entlastungsfunktion. Die Pauschalisierer müssen weniger über Erwachsene, Eltern und eigene journalistische, politische, wissenschaftliche und pädagogische Verantwortung für diese Entwicklung nachdenken. Es reicht, alle Probleme auf „die Jugend“ zu projizieren. Dass in der Augsburger „Jugendwahlstudie 2024“ 65 Prozent der ostdeutschen und 74 Prozent der westdeutschen Jugendlichen von Angst vor der

---

*...dass das rechte gesellschaftspolitische Projekt zur Militarisierung Deutschlands und zur Vorbereitung auf Krieg durch Aufrüstung, Kriegspropaganda (auch bei Kindern), hin zur „Kriegstüchtigkeit“ von einer sehr großen Koalition aus SPD, FDP, Grünen, CDU/CSU und AfD betrieben wird*

AfD berichteten, dass in der Studie „Jugend in Deutschland 2024“ unter anderem 44 Prozent der Befragten große Sorgen wegen des Aufstiegs rechtsextremer Parteien äußern,<sup>17</sup> wird dadurch

<sup>15</sup> vgl. Shell 2024.

<sup>16</sup> Vgl. Pauline Reibe: Jung, ostdeutsch, rechts: Darum wählt meine Generation die AfD, *Hamburger Morgenpost*, 2.9.2024.

<sup>17</sup> <https://www.generation-thinking.de/post/jugendwahlstudie-2024> u. <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/studie-jugend-100.html>

*Der „Extremismus der Mitte“ in Politik, Medien und Wissenschaft gerät derweil zum entscheidenden Steigbügelhalter für den Rechtsruck und die Militarisierung in den gesamten europäischen Gesellschaften, die der Mehrheit der Jugendlichen Angst bereiten.*

---

---

einfach ausgeblendet. Die pauschale Aussage „die Jugend wählt rechts“ über eine ganze Generation unterschlägt schlicht diesen Sachverhalt und ist undifferenziert.

Richtig ist: Ein wachsender Teil der Jugend wählt rechts. Deshalb ist es aber auch für die politische Kommunikation kontraproduktiv, wenn zum Beispiel die 44 Prozent der Befragten, die große Sorgen wegen des „Erstarken rechtsextremer Parteien“ äußern, nicht explizit gewürdigt und unterstützt, sondern mit den 22 Prozent potenziellen Wählern der AfD in einen Topf als „die rechte Jugend“ geworfen werden. Diesbezüglich wäre etwas mehr Gründlichkeit und Differenzierung nötig. Zumal viele Medien, die solche Aussagen tätigen, oft kaum Interesse zeigen für die realen Lebenslagen, Lebenswelten,

Empfindungen und Ansichten vieler junger Menschen.

Damit wird ein großer Teil der Medien, Politiker und auch manche Wissenschaftler/innen selbst zum Teil des Problems. Das gilt es genauer zu untersuchen, da die Vermutung besteht, dass aus genau diesen Verzerrungen heraus und den damit verbundenen Kommunikationsstörungen der Aufstieg der AfD mitzuerklären ist. Außerdem lässt sich beobachten, dass das rechte gesellschaftspolitische Projekt zur Militarisierung Deutschlands und zur Vorbereitung auf Krieg (zum Beispiel gegen Russland) durch Aufrüstung, Kriegspropaganda (auch bei Kindern), Waffenexporte usw. hin zur „Kriegstüchtigkeit“ von einer sehr großen Koalition aus SPD, FDP, Grünen, CDU/CSU und AfD betrieben wird.

Derweil erweist sich, dass von Regierungsseite jegliche Unterversorgung des Bildungswesens, der Flüchtlingsbetreuung, des Bürgergeldes oder der Kindergrundsicherung in Kauf genommen wird, aber der Rüstungsetat unantastbar ist. Auch die Waffenlieferungen an die Ukraine stehen nicht zur Disposition. Das ist rechts, das ist lebensgefährliche, rechte Politik. Kaum Wissenschaftler haben in ihren (Jugend-)Studien überhaupt Parameter und Items für sozialstaatsfeindliche, die im Grundgesetz stehende Vermögensteuer ablehnende und das Friedensgebot des Grundgesetzes verletzende, also verfassungsfeindliche „rechte“ Propaganda und Politik der Militarisierung und des Sozialabbaus eingebaut.

Der „Extremismus der Mitte“ in Politik, Medien und Wissenschaft gerät derweil zum entscheidenden Steigbügelhalter für den Rechtsruck und die Militarisierung in den gesamten europäischen Gesellschaften, die der Mehrheit der Jugendlichen Angst bereiten.

Michael Klundt ist ein deutscher Politikwissenschaftler, Kindheitsforscher und Professor für Kinderpolitik an der Hochschule Magdeburg-Stendal.

## (Re)Militarisierung der Bildung

### Zugang der Bundeswehr zu Kitas und Schulen in der Geschichte und Gegenwart der BRD

Reza Schwarz

Wenn über Militarisierungstendenzen gesprochen wird, werden oft klar mit Zahlen quantifizierbare Vorgänge herangezogen, wie die Aufstockung von Truppenstandorten, die Erhöhung der Militärausgaben als Anteil des Bruttosozialprodukts oder beispielsweise das Verhältnis von (para-)militärischem Personal gegenüber der Zivilbevölkerung. Dieser quantitative Grad der Militarisierung wird auch Globaler Militarisierungsindex (GMI) genannt. Dieser GMI umfasst aber nicht die Militarisierungstendenzen außenpolitischer Positionen von Staaten oder von gesamtgesellschaftlichen Vorgängen. Der Militarisierungsbegriff muss deshalb erweitert werden.<sup>1</sup>

---

### *die Veralltäglichung des Militärischen im Zivilen*

---

Eine geeignete Erweiterung stellt hierbei das Phänomen des „banalen Militarismus“ nach Thomas und Virchow dar. Dieser umfasst „die Veralltäglichung des Militärischen im Zivilen“, indem die Gesellschaft sich anhand vielfältiger Prozeduren und Verhaltensweisen gewöhnt, die mit einem „militärischen Habitus“ verbunden sein können. Ziel ist hierbei eine Hinwendung zu Prozessen, die weitestgehend in den Alltag eingelassen sind und somit zu einem selbstverständlichen Bestandteil gemacht werden sollen. Einige Beispiele für diese Prozesse sind die Verherrlichung von Kriegen, die Einordnung des Heeres als „Erziehungsinstitution“, Zapfenstriche,

Gelöbnisse, Social-Media-Kanäle der Bundeswehr oder auch die Kulturindustrie mit Filmen (z.B. Avengers), Computerspielen (z.B. Call of Duty, Far Cry...) oder (Kinder-)Serien (z.B. Paw Patrol). Ein besonders erwähnenswerter Zusammenhang zwischen quantitativer Militarisierung und banalem Militarismus ist, dass die beschriebenen Militarisierungstendenzen in Bildung, Kultur und Unterhaltungssektor sowie innerhalb der Außenpolitik zunehmen können, während aber gleichzeitig rein quantitativ abgerüstet wird.<sup>2</sup>

*Die (Re)Militarisierung des BRD-Bildungssektors*  
Die (Re)Militarisierung des Bildungswesens innerhalb der BRD hat eine lange Tradition, die bis ins Jahr 1958 – gerade einmal 13 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkriegs – zurückreicht: Die Institution der Jugendoffiziere wurde geboren. Diese ersten 17 Jugendoffiziere hatten den Auftrag, die Wehrdienstbereitschaft bei den Jugendlichen zu steigern, um somit den Bedarf an Soldaten wieder decken zu können. Da große Teile der Bevölkerung einer Wiederbewaffnung kritisch gegenüberstanden und einen potentiellen NATO-Beitritt ablehnten, war das kein allzu leichtes Unterfangen. Trotzdem schaffte es die Bundeswehr, eine engere Zusammenarbeit mit Kultusministerien zu erwirken, die ihnen mehr Besuche an Schulen, Austausch mit Lehrkräften und Bereitstellung von „Unterrichtsmaterial“ ermöglichten. Zu diesem Zeitpunkt durften die Jugendoffiziere an den Schulen auch noch Werbung für eine Laufbahn bei der Bundeswehr machen. Erst drei Jahre später, ab 1961, wurde das offizielle Werbeverbot für Jugendoffiziere erlassen. Trotz der Bemühungen von Staat und Militär, die Jugend wieder „kriegstüchtig“ zu machen, gab es in den 1960ern und -70ern eine große Welle von Kriegsdienstverweigerern. Diese Welle wurde vor allem von der damaligen

Studierendenbewegung und Außerparlamentarischer Opposition (Apo) angeführt. Die Entwicklungen führten innerhalb der damaligen Verteidigungsministerien zu Besorgnis, weshalb die Anzahl der Jugendoffiziere innerhalb weniger Jahre schlichtweg verdreifacht wurde. Um dem standzuhalten, wurde aus dieser neuen Friedensbewegung heraus damit begonnen, friedenspädagogische Strömungen zu schaffen.

---

## *Die Bundeswehr, so der Oberst, erwarte, einen zum Gehorsam erzogenen jungen Mann‘.*

---

In den 1980er Jahren war die Wehrdienstbereitschaft nach wie vor niedrig, die Angst aber, den angestrebten Wehrpflichtigen-Soll von über 200.000 nicht zu erreichen, hoch.<sup>5</sup> Der SPIEGEL schrieb im Jahr 1982 in seiner Recherche über vertrauliche Papiere zur Militärwerbung im Schulunterricht unter anderem: „Friedensfreunde, alternative und geburtenschwache Jahrgänge haben den Militärs Angst gemacht, das Soll von 200.000 bis 225.000 Wehrpflichtigen bald nicht mehr decken zu können. (...) Was die Truppe angesichts der ernststen Nachwuchslage von der Schule erwartet, hat der Oberst im Generalstab der Bundeswehr, Karl Zimmer, jüngst auf einer Sitzung der ‚Kontaktkommission Kultusministerkonferenz/Bundesverteidigungsministerium‘ deutlich gemacht: Zackiger soll es zugehen. Die Bundeswehr, so der Oberst, erwarte ‚einen zum Gehorsam erzogenen jungen Mann‘. Die Schule müsse ‚nachdrücklich ihren Gehorsamsanspruch durchsetzen‘. Zu verlangen sei eine ‚Erziehung zum Dienen‘ – kurzum: Gefragt sind in den Kasernen keine Schlaffis mit ‚alles einbeziehender Kritikfähigkeit‘, die es nicht gewohnt sind, sich Autoritäten ohne Vorbehalt unterzuordnen‘. Die Lehrer müssten, so auch die vertraulichen Rahmenrichtlinien aus dem Hause

Apel, den Schülern ‚mehr Aufmerksamkeit und Hingabe an diesen Staat‘ einbleuen, eine ‚erlebbar gemachte Bindung an Geschichte, Heimat und Vaterland‘ (...) Im Freistaat (Bayern) war die Sicherheitspolitik letztes Jahr [1981] landesweit Abiturthema im Leistungskurs Sozialkunde. Der Themenvorschlag war der Zeitung ‚Informationen für die Truppe‘ entnommen. Schüler, die kein strammes Ja zum Nato-Doppelbeschluss abgaben, sollten, so ein Ukas aus dem Münchener Ministerium, schlechter benotet werden.“<sup>6</sup> 1983 schließlich verhängte beispielsweise der damalige Kultusminister Baden-Württembergs, Gerhard Meyer-Vorfelder, ein Verbot für Kriegsdienstverweigerer und Friedensorganisationen im Unterricht.

Trotz dieser Bemühungen, Friedenspositionen aus dem Unterricht zu halten und Uniformierte vor die Klassen zu stellen, ging die Bereitschaft der jungen Menschen, sich dem Wehrdienst auszusetzen, in den 1980er Jahren kontinuierlich zurück. Der Anteil an Zivil- bzw. Ersatzdienstleistenden ging bis zur Wiedervereinigung drastisch nach oben. Die Limitierung der Truppenzahlen durch den 2+4 Vertrag verschaffte der Bundeswehr eine Atempause in der Notwendigkeit der Rekrutierung, wobei auch schon in den 1990er Jahren die Gewinnung von Nachwuchs für die Truppe mehr und mehr zum Problem wurde. Jenseits der 2000er Jahre versuchte die Bundeswehr erneut das Interesse an ihrem Beruf durch die verstärkte Präsenz im Unterricht zu erhöhen. Mit neuen Kooperationsvereinbarungen, geschlossen ab 2010 zwischen Bundeswehr und den Kultusministerien einzelner Bundesländer, wurde der Bundeswehr ein privilegierter Zugang zu Schulen und Lehrkräften geschaffen. Allerdings nicht ohne Proteste und Debatte. Die Bundeswehr konnte ab diesem Zeitpunkt für die Bewerbung des Angebots ihrer Jugendoffiziere andere staatliche Stellen nutzen, wie sie auch einen Zugang in die Ausbildungseinrichtungen neuer Lehrkräfte erhielt. Und auch wenn es den Lehrkräften hier freistand, einen Jugendoffizier in den Unterricht zu holen, so wurde der Druck dazu doch erhöht. In einzelnen Bundesländern

fürhte der öffentliche Protest jedoch auch dazu, dass Lehrkräfte weniger von dem „Angebot“ Gebrauch machten bzw. sogar, wie in Baden-Württemberg, parallel zur Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr auch die friedenspolitischen Sichtweisen institutionell verankert wurden.

#### Politische Sozialisation als Rekrutierungsinstrument

Seit Februar 2022 ist mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs „die Zeitenwende“ nun auch in Deutschland angekommen. Mit dem 100 Mrd. Euro schweren Sondervermögen hat auch wieder eine Rückkehr zur quantitativen Aufrüstung des Staats stattgefunden. Die weitreichenden Folgen, wie beispielsweise das Drücken der Sozialleistungsquote von 30,3 % im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, inklusive. Zum Vergleich: Ähnlich niedrige Leistungsquoten fanden sich nur in den Jahren 2003 und 2019.<sup>7</sup> Obwohl soziale Ungleichheiten das gesamtgesellschaftliche Klima vergiften und viele Menschen generationenübergreifend leiden lassen, zählt vor allem im medialen Diskurs nur noch die „Kriegstüchtigkeit“. Da sich die Truppenstärke über die letzten knapp 25 Jahre hinweg fast halbiert hat und die Wehrpflicht 2011 ausgesetzt wurde, hat die Bundeswehr ein Personalproblem.<sup>8</sup> Um den Aufrüstungsambitionen wieder gerecht zu werden, muss vor allem um Kinder und

---

## *„Heute hatten unsere Kindergartenkinder Besuch von der Bundeswehr Mitterharthausen....“*

---

Jugendliche geworben werden.

Die Bundeswehr ist deshalb nicht nur in Schulen präsent, sondern auch immer deutlicher in Kitas. In Kitas kommen Soldat\*innen in Uniform vorbei

und spielen mit den Kindern oder zeigen ihnen stolz ihre Fahrzeuge, einige Kindergruppen besuchen sogar Kasernen, machen dort Laternenumzüge oder posieren mit Helm und Brille vor Kampffjets.<sup>9</sup> Eine Kita im niederbayrischen Leiblfing schreibt in ihrem Weblog über den Besuch der Bundeswehr in ihrer Einrichtung: „Heute hatten unsere Kindergartenkinder Besuch von der Bundeswehr Mitterharthausen. Da sie sich derzeit mit dem Thema: ‚In welchen Berufen arbeiten eigentlich Superhelden?‘ beschäftigen, durften die Retter von der Bundeswehr natürlich nicht fehlen! Sie kamen mit zwei Einsatzfahrzeugen und nahmen sich viel Zeit den Kindern zu erklären, wie diese ausgestattet sind und welche Aufgaben mit ihnen erledigt werden können. Ganz besonders begeistert waren alle vom ‚Eagle‘ Fahrzeug, weil es sogar Blaulicht und eine ganz besondere Antenne auf dem Dach hat! Am Ende der interessanten Vorführungen gab es sogar noch eine süße Überraschung für jedes Kind! (...)“<sup>10</sup> Bundeswehrosoldat\*innen zum Anfassen also. Eins von vielen Paradebeispielen für banalen Militarismus und Banalisierung staatlicher Gewalt.

Mittlerweile existieren um die 100 Kooperationen zwischen Bundeswehr und sozialen Einrichtungen, wie aus einer Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag 2023 hervorgeht. Diese reichen von Benefizkonzerten, über gemeinsame Singnachmittage bis hin zu Unterstützungen von Sommerfreizeiten.<sup>11</sup> Jugendoffizier\*innen frequentieren, wie bereits im oberen Textabschnitt erwähnt, seit Jahrzehnten deutsche Schulen. Sie werden von Lehrer\*innen eingeladen und zu „Expert\*innen für Sicherheitspolitik“ und „Staatsbürger\*innen in Uniform“ deklariert. Sie beantworten Fragen von Schüler\*innen und „erklären“ Außenpolitik stark vereinfachend anhand des Planspiels POL&IS (Politik und internationale Sicherheit). Bei diesem „Planspiel“ werden militärische Interventionen als Ausweg von Konflikten propagiert.<sup>12</sup>

Besonders auffällig ist, dass Jugendoffizier\*innen vor allem an Gymnasien präsent sind.<sup>13</sup> Die ehemalige FDP-Bildungsminister\*in Frau Stark-

Watzinger forderte eine noch stärkere Präsenz von Jugendoffizier\*innen und regelmäßige Katastrophenschutzübungen an Schulen. Dagegen regte sich unter anderem von der Landesschüler\*innenvertretung in Rheinland-Pfalz öffentlicher Widerstand: „Noch mehr Bundeswehr an unseren Schulen?! Nein danke, Frau Stark-Watzinger! (...) Für uns treffen Schulbesuche der Bundeswehr und Übungen nicht den Sinn von Unterricht. Das sorgt nur für Angst und Panik. Zumal wir viele Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine haben, die das nur zusätzlich traumatisieren würde. Und das sehen wir als absolut nicht sinnvoll an.“<sup>14</sup> An der Humboldtschule in Leipzig gab es ebenfalls Schüler\*innen, die konsequent gegen Auftritte von Offizier\*innen z.B. mit „Die-Ins“ protestiert und Kundgebungen durchgeführt haben. Einem von ihnen wurde eine „Störung des Schulfriedens“ vorgeworfen, ihm drohte letztendlich sogar der Schulverweis.<sup>15</sup> In Bayern soll zudem der Zugang der Bundeswehr zu den Schulen mit dem im Sommer verabschiedeten Bundeswehrgesetz massiv erleichtert werden.

In diesem Jahr startet außerdem der neue „Auswahldienst“, der anhand eines Online-Formulars die Wehrebereitschaft abfragen soll. Dieses Formular wird an alle 18jährigen versendet, die Beantwortung ist bisher nur für Menschen mit einem männlichen Geschlechtseintrag verpflichtend. Dieses Vorgehen soll sicherstellen, dass nur Personen für den Wehrdienst ausgewählt werden, die „am fittesten und am besten geeignet sind“. Als „kleiner Anreiz“ winkt sogar die Finanzierung eines Führerscheins.<sup>16</sup>

#### Anmerkungen

- 1) Sachs, Lena: Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen – Eine kritische Analyse, 1. Auflage, Freiburg, Centaurus Verlag & Media UG, 2012, S. 12
- 2) Ebd. S. 13 f.
- 3) Von der Leyen will familienfreundliche Bundeswehr, Zeit Online, zeit.de, 12.1.2014
- 4) Wagner, Jürgen: Das Märchen von der kaputtgesparten Truppe, Neues Deutschland, nd-aktuell.de, 8.12.2022
- 5) Sachs, Lena: Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen – Eine kritische Analyse, 1. Auflage, Freiburg, Centaurus Verlag & Media UG, 2012, S. 15 ff.
- 6) Bundeswehr: „Allg. freundl. Entgegenkommen“, SPIEGEL, spiegel.de, 19.9.1982
- 7) BMAS: Sozialleistungsquote in Deutschland von 1960 bis 2023 (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt), Statista, de.statista.com, Januar 2025
- 8) Bundeswehr: Anzahl der Soldatinnen und Soldaten bei der Bundeswehr von 2000 bis 2024, Statista, de.statista.com, Januar 2025
- 9) Köppe, Julia: Was will die Bundeswehr bei Kita-Kindern?, SPIEGEL, spiegel.de, 22.3. 2018
- 10) Die Bundeswehr zu Besuch bei Aitrach Arche, KiTa Aitrach Arche, leiblfing-airtach-arche.de, 23.2.2024
- 11) Deutscher Bundestag: Aktivitäten der Bundeswehr in Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe 2021-2022 – Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Heidi Reichinnek, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 20/8002, Bundestag, bundestag.de, 7.9.2023
- 12) Wagner, Jürgen: Planspiel POL&IS – Bundeswehrwerbung im Wolkenkuckuckshaus – oder wie Militär spielerisch unverzichtbar gemacht wird, IMI- Analyse 2010/037, imi-online.de, 25.10.2010
- 13) Fischer, Jan-Frederik & Kunzmann, Victoria: Jugendoffiziere an Schulen – Wenn Bundeswehr ins Klassenzimmer kommt, ZDF heute, 8.5.2024
- 14) Salecker, Nils: Schüler in RLP: „Bundeswehr hat an Schulen nichts verloren“ –

Interview: Übungen für den Kriegsfall?,  
SWR.de 19.3.2024

15) Nach Protest gegen Bundeswehr: Leipziger Schüler droht Schulverweis, Perspektive Online, perspektive-online.net,  
30.10.2024

16) Rzepka, Dominik: So soll der neue Wehrdienst aussehen – Pistorius stellt Pläne vor, ZDF heute, 12.6.2024

Der Artikel wurde gekürzt. Zuerst abgedruckt in:  
www.imi-online.de>download>02\_Ausdruck\_1\_2025\_Schwarz

(imi = Informationsstelle Militarisation). Wir danken für die freundliche Abdruckerlaubnis



## Armee statt Arme und Ärmste: Umverteilung und Entsolidarisierung à la „Zeitenwende“

Martin Gück

Die Entscheidung der US-amerikanischen Regierung, die Bundesbehörde für internationale Entwicklung (USAID) per Dekret durch Präsident Donald Trump bis zum 1. Juli dieses Jahres weitgehend aufzulösen und damit das bis dato weltweit größte nationale Budget für öffentliche Entwicklungsleistungen (zuletzt 42,8 Mrd. US-\$ in 2024) von jetzt auf gleich nahezu vollständig zusammen zu streichen, rief hierzulande ein ungewöhnlich (meinungs-)starkes Echo hervor. Auf Zeit Online echauffierte sich der Wissenschaftsjournalist Jakob Simmank unter dem Titel „Die vielleicht tödlichste Entscheidung der letzten Jahrzehnte“ unter Bezugnahme auf eine Studie des US-Think Tanks Center für Global Development völlig zurecht über diese „Maßnahme zum Abbau verschwenderischer Staatsausgaben“, die von der vom Tech-Milliardär Elon Musk angeführten und neu eingerichteten Bundesbehörde „Department of Government Efficiency“ initiiert wurde: „Kaum jemals dürften sich Politiker mit so viel Schuld beladen haben“, so Simmank (<https://www.zeit.de/gesundheit/2025-04/entwicklungspolitik-usa-entwicklungshilfe-donald-trump-usaid>).

---

*Laut Berechnungen des  
BMZ wird der deutsche  
ODA-Anteil im Jahr 2025  
mit voraussichtlich 0,54  
% den niedrigsten Stand*

Ebenso deutliche Worte fand der  
Generalsekretär des Caritas-Weltdachverbands

Caritas Internationalis, Alistair Dutton: Er bezeichnete die rücksichtslose Maßnahme als einen „Affront gegen die Menschenwürde, der unermessliches Leid verursachen wird“ (<https://www.domradio.de/artikel/caritas-warnt-vor-katastrophalen-folgen-durch-usaid-zerschlagung>).

### *Entwicklungspolitik als Residualgröße*

Eher eine Randnotiz blieb in der deutschen Öffentlichkeit hingegen die Tatsache, dass die Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe auch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen von CDU/CSU und SPD von Beginn an zu einem Spielball der Austeritätspolitik degradiert wurde. Ausweis dessen ist der Koalitionsvertrag, in dem sich die neue Bundesregierung von der internationalen Verpflichtung verabschiedet, mindestens 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsausgaben (ODA) bereitzustellen. Teilweise massive Mittelkürzungen beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) waren indes schon unter der Ampel-Koalition zu konstatieren und liegen auch international im Trend: So zeigen die von der OECD veröffentlichten Zahlen für 2024, dass die Finanzierung von Entwicklungszusammenarbeit im vergangenen Jahr global um 7,1 Prozent auf 212,1 Mrd. US-\$ abnahm. Besonders deutlich ist die Unterstützung für die humanitäre Hilfe zurückgegangen (- 9,6 %). Für 2025 rechnet die OECD mit einem weiteren dramatischen Absinken der Entwicklungsausgaben zwischen neun und 17 %. Laut Berechnungen des BMZ wird der deutsche ODA-Anteil im Jahr 2025 mit voraussichtlich 0,54 % den niedrigsten Stand seit zehn Jahren erreichen (<https://venro.org/presse/detail/veroeffentlichung-der-oda-zahlen-2024-reiche-laender-ziehen-sich-zurueck-auf-kosten-der-aermsten>).

### *Politische Ökonomie der „Zeitenwende“*

Auch wenn angesichts der radikalen Kehrtwende unter Trump eine diesbezügliche Gleichstellung zwischen den USA und der BRD völlig unangebracht ist, trägt auch Deutschland ohne jeden Zweifel zu einer – zumal in Zeiten multipler Krisen und zunehmender globaler Ungleichheiten – ebenso irrationalen wie fatalen Politik bei, die besonders die ärmsten Menschen im Globalen Süden auf verantwortungslose, kurzfristige Weise im Stich lässt.

---

## *Wann immer progressive Parteien in Regierungsverantwortung kamen, wurden im Wahlkampf thematisierte Erhöhungen etwa des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, der Körperschaft- und Erbschaftsteuersätze wieder fallen gelassen.*

---

Dass diese Abschwächung des Bekenntnisses zum Wert gemeinsamer Ziele der internationalen Staatengemeinschaft und multilateraler Lösungen globaler Herausforderungen sowie das Erodieren eines starken internationalen Engagements Deutschlands weitgehend unkommentiert blieben, dürfte im Wesentlichen auf den großen Konsens zurück zu führen sein, der die (vermeintliche) Alternativlosigkeit einer massiven Aufrüstung in Höhe von Hunderten von Milliarden Euro zum Inhalt hat und hierzulande offenbar auch das Gros der Medienschaffenden einschließt: Aufgrund dieser

immensen Mehrausgaben müsse selbstredend auch die ODA-Quote einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten (wie es nicht zuletzt auch im Koalitionsvertrag heißt).

### *Das Versagen linker Parteien in Regierungsverantwortung*

Dieses verquere Verständnis von „Umverteilung“ auf Seiten weiter Teile der Bevölkerung kann – in bewusster Zuspitzung – durchaus als Ausweis für ein profundes Politikversagen nahezu der gesamten Linken interpretiert werden, in der Bundesrepublik ebenso wie in Europa und darüber hinaus. Denn praktisch schon seit Jahrzehnten wurde es versäumt, der systematischen neoliberalen Umverteilung von unten nach oben ein Politikangebot entgegen zu stellen, das den Trend der dramatisch wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb wie zwischen Nationen korrigiert hätte.

### *Mutlose, unsoziale Steuerpolitik*

Wann immer progressive Parteien in Regierungsverantwortung kamen, wurden im Wahlkampf thematisierte Erhöhungen etwa des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, der Körperschaft- und Erbschaftsteuersätze wieder fallen gelassen. In Deutschland ist es in drei rot-grün-dominierten Legislaturperioden nicht einmal angestrebt worden, die Vermögensteuer wieder einzuführen und die Steuerprogression zumindest auf ein Niveau anzuheben, wie es zu Zeiten von Bundeskanzler Helmut Kohl selbst für Konservative und Wirtschaftsliberale selbstverständlich war. Und auch auf EU-Ebene sowie im globalen Nord-Süd-Kontext wurde es versäumt, durch die Harmonisierung der Steuerpolitiken sowie die Unterbindung von Steuerflucht und -hinterziehung die Voraussetzungen für eine Rückverteilung der nie gekannten Disparitäten bei Einkommen und Vermögen zu schaffen.

Derart ist der gesellschaftliche Resonanzraum verloren gegangen, in dem Regierungen –

gerade auch im Fall außerordentlicher Finanzierungsbedarfe – gewissermaßen „naturgemäß“ zuallererst und überwiegend die Best- und Bessergestellten heranziehen. Die Abwesenheit von linken Umverteilungsvorschlägen vermochten sich vor allem rechte wie rechtsextreme Parteien mittels populistisch-nationalistischer Politik zunutze zu machen: Wo sozialer Ausgleich tatsächlich dringend ansteht und durch Umverteilung von oben nach unten offenbar unmöglich ist, erscheint die Umverteilung zu Lasten jener, die ihrer als die Wehrlosesten eigentlich am meisten bedürfen, als das probateste Mittel der Wahl. Auf diesem Hintergrund müssen Rassist:innen und neoliberale Sozialstaatsgegner:innen nur laut genug schreien, dass an allen gesellschaftlichen Problemen die Migrant:innen und Bürgergeldempfänger:innen schuld sind und ihnen deshalb ihre ohnehin minimale Unterstützung gekürzt werden muss, um bei Wahlen gut abzuschneiden bzw. sie gar zu gewinnen.

---

*Nur so wird sich der sozialen und ökologischen Entsolidarisierung im globalen Süden wie auch im Globalen Norden entgegen wirken lassen.*

---

*Höchste Zeit für eine neue, linke Sicherheitspolitik*

Ein folgenreicher Bruch mit zentralen Prämissen emanzipatorischer Politik muss auch im Blick auf die sich spätestens seit dem 11. September 2001 vollziehende Verengung des

Sicherheitsverständnisses und dem damit einhergehenden Fokus auf rapide zunehmende Investitionen in Militär und Waffensysteme konstatiert werden. Weder wurden die – nunmehr billionenschweren – (Auf-)Rüstungsausgaben als Schritt in die falsche Richtung kritisiert noch wurden statt dessen tragfähige Gegenentwürfe präsentiert, die Übergänge von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik aufzeigen und dabei die Notwendigkeit und Priorität der diplomatischen Lösung von Kriegen und Konflikten sowie der Schaffung fairer Weltwirtschaftsstrukturen hervorheben. Hierdurch wurde im Übrigen implizit auch einer zunehmenden Militarisierung des Entwicklungsdiskurses Vorschub geleistet, der ebenfalls auf einem Rückzug auf das Nationale beruht, Sicherheit Vorrang vor Entwicklung einräumt und Entwicklungszusammenarbeit vorrangig in den Dienst von Migrationsabwehr, Rohstoffsicherung und Außenwirtschaftsförderung stellt.

*Umverteilung als Schlüssel zu einer zukunftsfähigen Welt*

Es spricht derzeit alles dagegen, dass sich ohne eine andere, gerechte(re) Verteilung als erstem Schritt einer weitreichenden sozial-ökologischen Transformation die Aussichten auf eine andere, gerechtere und nachhaltige Welt verbessern lassen. Also kann die politische Maxime für die nächste Zukunft nur lauten: Rückgewinnung von Handlungsspielräumen durch die (Wieder-)Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit – insbesondere durch eine substanzielle Besteuerung von (Über-)Reichtum und nicht-regenerierbaren Ressourcen. Die (Um-)Verteilungsfrage muss wieder zentral auf die Agenda! Nur so wird sich der sozialen und ökologischen Entsolidarisierung im globalen Süden wie auch im Globalen Norden entgegen wirken lassen.

Martin Gück ist Diplom-Volkswirt und Geschäftsführer von Kairos Europa

## „... den Krieg gründlich verlernen“<sup>18</sup>

Bruno Kern

Es verschlägt einen den Atem: Die Möglichkeit von Aufrüstung in unbegrenzter Höhe bekam in Deutschland vor Kurzem Verfassungsrang. „Whatever it takes“: Mit dieser Floskel begründete der künftige Kanzler einen Freibrief für Rüstungsausgaben in faktisch unbegrenzter Höhe. Gerechtfertigt wird das mit einer vorgeblichen Bedrohung, die durch eben diese Aufrüstung überhaupt erst erzeugt wird! Der Theologe und Psychoanalytiker Eugen Drewermann nennt genau das „pathologische Vernunft“.

---

*Die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 wurde bekanntlich ebenfalls durch einen Rüstungskeynesianismus überwunden – mit bekanntem Ausgang.*

---

Deutschland ist seit mehr als zwei Jahren in einer Rezession, und es zeichnet sich auch weltweit ab, dass die Wachstumsmaschine ins Stocken gerät, wie dies bereits 1972 der Club of Rome vorhergesehen hat. Es gibt eine historische Parallele, die einem Angst macht. Die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 wurde bekanntlich ebenfalls durch einen Rüstungskeynesianismus überwunden – mit bekanntem Ausgang. Damals gab es in Deutschland einen Reichsbankpräsidenten namens Hjalmar Schacht. Er hat sich ebenfalls ein sehr pfiffiges System ausgedacht, um das

Aufrüstungsprogramm am regulären Haushalt vorbei zu finanzieren, die sogenannten Mefo-Wechsel, die natürlich nur im Vorgriff auf den künftigen Krieg funktionieren konnten. Auf Hitlers Frage, wie viel Geld er für die Aufrüstung mobilisieren könne, lautete seine Antwort: „Jeden Betrag, mein Führer!“ Whatever it takes, hätte er heute gesagt.

Es dürfte sich inzwischen herumgesprochen haben, dass der Fortbestand der menschlichen Zivilisation heute angesichts der multiplen ökologischen Krisen höchst gefährdet ist. Um ihres Überlebens willen müsste die Menschheit alle materiellen, finanziellen und personellen Ressourcen auf die Bewältigung ihrer ökologischen Krise konzentrieren. *Wenn wir uns noch eine geringe Chance bewahren wollen, die Gefahren des Klimawandels einzuhegen und die Folgen für die Opfer abzumildern, dann müssen wir uns gleichzeitig von jeder militärischen Option verabschieden.* Zumindest in den Industrieländern bedeutet ökologische Transformation nicht einfach Umbau der Industriegesellschaft. Vor allem angesichts des sehr begrenzten Potenzials erneuerbarer Energien muss dieser Umbau zwangsläufig mit einem drastischen und raschen *industriellen Rückbau* einhergehen. Erneuerbare Energien können das, was uns bislang die fossilen Quellen bereitstellen, allenfalls zu einem Bruchteil substituieren. Die Herausforderung besteht darin, eine solidarische Gesellschaft auf einer deutlich schmaleren materiellen Basis aufzubauen. Wer in dieser Situation meint, überhaupt noch Waffen produzieren, Militärstrukturen aufrechterhalten und Kriege führen zu können, hat in den Untergang der Spezies bereits eingewilligt.

Welchen direkten Einfluss haben Rüstung, Militär und Krieg tatsächlich auf das Klima? Das genau zu beziffern ist kaum möglich: Die energieintensive Produktion der Rüstungsfirmen unterliegt keiner umfassenden

---

<sup>18</sup> Rede auf dem Bodensee-Friedensmarsch 2025 in Bregenz

Rechenschaftspflicht. Dennoch lassen sich aus den vorliegenden Teilstudien seriöse Schätzungen ableiten. Der derzeitige UN-Generalsekretär António Guterres hat immer wieder öffentlich geäußert, dass Rüstung und Militär für etwa 5 bis 6 % der Treibhausgase weltweit verantwortlich seien. Angesichts der weltweiten Aufrüstungswelle der letzten Jahre, dürfte diese Schätzung aber bereits längst überholt sein.

Der ökologische Fußabdruck des Übungsbetriebs wird an folgenden Daten anschaulich: Ein Eurofighter emittiert pro Flugstunde etwa elf Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente, und der deutsche

---

*Die große Gefahr, dass Klimaveränderungen zu bewaffneten Konflikten bis hin zur nuklearen Eskalation führen können, macht präventive Abrüstung zum Gebot der Stunde.*

---

Panzer Leopard 2 verbraucht 400 Liter Diesel pro 100 km. Die ökologischen Folgen der Zerstörungen im Krieg lassen sich am Beispiel Ukraine ablesen: Etwa 150 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> wurden in jedem Kriegsjahr zusätzlich emittiert. Ausgerechnet hochrangige Militärstrategen scheinen ein besonders geschärftes Bewusstsein dafür zu haben, welch hohes Sicherheitsrisiko die Klimakatastrophe selbst darstellt. Michael T. Klare, der weltweit renommierteste Analytiker des US-Militärs, verweist auf das erhebliche Risiko bevorstehender Kriege um die Ressource Wasser (etwa zwischen den Anrainern des Flusses Brahmaputra Indien und China), auf die Klimakatastrophe als

Fluchtursache und auf die Gefahr, dass im Zuge von massiven Umweltkatastrophen vermehrt „ungoverned spaces“, Regionen außerhalb jeder Regierungskontrolle, entstehen könnten, die ebenfalls ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellen. Unter dem Druck zusammenbrechender Nahrungsketten könnten, so bereits eine Pentagon-Studie aus dem Jahr 2004, Länder mit labilen Regierungen wie Pakistan oder Russland versucht sein, im Kampf um Nahrung und Rohstoffe ihre Nuklearwaffen einzusetzen. Die Welt könnte innerhalb weniger Dekaden in Anarchie versinken.

Eine konsequente, radikale Klimapolitik, zu der unbedingt auch eine Politik der Eindämmung des Bevölkerungswachstums gehört, ist angesichts solcher Szenarien die beste Friedenpolitik. Umgekehrt gilt aber auch: Die große Gefahr, dass Klimaveränderungen zu bewaffneten Konflikten bis hin zur nuklearen Eskalation führen können, macht *präventive Abrüstung* zum Gebot der Stunde.

Wir befinden uns in einer Zangenriffkrise: Zur abnehmenden Tragfähigkeit unserer Ökosysteme und zur kaum mehr aufzuhaltenden Erderwärmung gesellt sich der rapide Schwund nicht erneuerbarer Ressourcen, allen voran fossiler Energien.

Die Energy Watch Group Germany geht etwa davon aus, dass bei Erdgas ab 2035 eine längere Phase der Stagnation des Fördervolumens zu erwarten ist, bis dann im Jahr 2045 die Fördermenge rapide abnimmt. Selbst bei Kohle ist der Peak 2035 zu erwarten. Die konventionelle Ölförderung hat den Höhepunkt bereits 2006 überschritten. Spätestens mit dem in einigen Jahren zu erwartenden Ende des Fracking-Booms wird das virulent.

Die Konkurrenz um die schwindenden fossilen Ressourcen ist spätestens seit Beginn unseres Jahrhunderts eine treibende Kraft der Geopolitik. Bereits im Jahr 1980 formulierte der damalige US-Präsident in einer Rede zur Lage der

Nation (deren entscheidende Abschnitte vermutlich von seinem Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski stammen) jene Sätze, die später als „Carter-Doktrin“ bezeichnet wurden:

Unsere Position ist eindeutig: Jeder Versuch einer auswärtigen Macht, die Kontrolle über den persischen Golf zu erlangen, wird als Angriff auf die lebenswichtigen Interessen der Vereinigten Staaten von Amerika betrachtet; jeder Angriff dieser Art wird mit allen notwendigen Mitteln, einschließlich militärischen, zurückgeschlagen werden.

---

## *Die ökologischen Folgen der Zerstörungen im Krieg lassen sich am Beispiel Ukraine ablesen: Etwa 150 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> wurden in jedem Kriegsjahr zusätzlich emittiert*

---

Der nach dem damaligen US-Vizepräsidenten so genannte *Cheney-Report* vom Mai 2001 ging davon aus, dass bei Erdöl und Erdgas der Peak um 2008 zu erwarten sei, was zu einem weltweiten Verteilungskampf führen könnte, in dem vor allem Indien und China gefährlich werden könnten. Der Zugang zu weltweiten Ölquellen wird als integraler Bestandteil der US-Militär- und Außenpolitik definiert. Auch die NATO hat spätestens mit ihrer neuen Doktrin anlässlich ihres fünfzigjährigen Bestehens ihr Verständnis von „Verteidigung“ im

konventionellen Sinn hintangestellt und sich zu einem Instrument der militärischen Durchsetzung ökonomischer Interessen, näherhin der Sicherung von Handelswegen und des Zugangs zu Rohstoffen, entwickelt. Die Orientierung hin auf die militärische Absicherung ökonomischer, Handels- und Rohstoffinteressen wurde seither regelmäßig in den „Strategischen Konzepten“ bestätigt.

Die geopolitische Konkurrenz um weltweite Einflussphären und deren Rohstoffbasis bildet auch den entscheidenden Hintergrund des Krieges, der Anfang 2022 von Russland gegen die Ukraine entfesselt wurde. Paul Wolfowitz, einer der einflussreichsten Ideologen der sogenannten „Neocons“ in den USA und ehemaliger Direktor der Weltbank, formulierte bereits in den Neunzigerjahren:

Es ist unser vorrangiges Ziel, auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder woanders das Wiedererstarken eines neuen Rivalen zu verhindern, der eine Gefahr darstellen könnte, wie es die Sowjetunion getan hat. Dies ist eine der neuen regionalen Verteidigungsstrategie zugrunde liegende Überlegung, die alles erfordert, um eine feindliche Macht daran zu hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen unter konsolidierter Kontrolle genügen würden, eine Weltmacht hervorzubringen.

Vor dem Hintergrund dieser Aussage kann man das Narrativ eines „russischen Imperialismus“, dem Einhalt geboten werden müsse, leicht als Projektion der eigenen Absichten entlarven.

Auch die EU bereitet sich seit Langem schon auf Kriege um Ressourcen vor. Bereits im Jahr 2004 hat das ISS (Institute for Security Studies) im Auftrag des EU-Rates ein Strategiepapier, das *European Defense Paper*, vorgelegt, das konkrete militärische Planspiele zur Rohstoffsicherung enthält. Der „Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen“ wird darin als ein „vitales Interesse“ der EU und als eines der wichtigsten Ziele von Militärinterventionen

definiert. Die EU, so die Verfasser des Papiers, müsse „Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen“ führen. „Humanitäre Interventionen“ seien auf bis zu 5000 km um die Hauptstadt Brüssel zu beschränken. Allerdings: Innerhalb dieses Radius befinden sich sämtliche Ölstaaten des Nahen und Mittleren Ostens sowie die Öl- und Gasfelder am Kaspischen Meer. Bereits 2019 erörterten die EU-Verteidigungsminister den „geostrategischen Wettbewerb um Ressourcen und Seewege“ in einer künftig vom Eis befreiten Arktis.<sup>19</sup>

Der schwierige Transformationsprozess hin zu einer Ökonomie auf der Basis erneuerbarer Energien verschärft allerdings die Kriegsgefahr aufgrund der Konkurrenz um bestimmte Metalle und Seltene Erden erheblich. Genau vor diesem Hintergrund sind die wachsenden Spannungen zwischen der Volksrepublik China einerseits und den USA sowie der EU andererseits zu sehen. In einem Veranstaltungsprospekt der *Vereinigung Deutscher Wissenschaftler* (VDW) heißt es in diesem Sinne:

„Erdöl war immer mit geo- und sicherheitspolitischen Fragen verbunden. [...] Der Zugriff auf Erze und Metalle ist ebenfalls mit Machtfragen und damit mit Geopolitik verbunden. Der sich anbahnende Kampf um die Vormachtstellung zwischen den USA und China gibt dazu einen Vorschmack.“

Die EU hat deshalb 34 Rohstoffe zu „kritischen“ bzw. „strategischen“ erklärt, darunter Kupfer, Nickel, Kobalt, Lithium, Graphit, Bauxit und Seltene Erden (insgesamt 17 Metalle). Letztere werden fast zu 100 % aus China importiert. Insgesamt befinden sich 97 % der aktiven Minen und 48 % der bekannten Reserven in China. Dies ist der eigentliche Hintergrund für die Verschärfung der Spannungen zwischen den USA, der NATO und der Volksrepublik China.

„Grüner Wasserstoff“ könnte in naher Zukunft ein zentrales internationales Konfliktfeld

---

## *Die Alternative ist aber keineswegs Wehrlosigkeit bzw. „Unterwerfung“ –*

---

eröffnen. Die Ressourcen, auf die die Verbraucher hier zugreifen wollen, um ihr Niveau an Industrialisierung aufrechtzuerhalten, sind so knapp, dass harte Konkurrenzkämpfe zu befürchten sind, die in kriegerische Auseinandersetzungen münden könnten.

Das Völkerrecht anerkennt das Recht auf militärische Verteidigung im Fall eines Angriffskriegs. Jenseits dieser juristischen Ebene aber ist die Frage nach Rationalität und ethischer Verantwortbarkeit einer solchen militärischen Verteidigung zu stellen. Angesichts des heutigen Potenzials an Destruktivkraft auch bereits unterhalb der Schwelle von Massenvernichtungswaffen und der zu erwartenden Opfer an Menschenleben und angesichts der Gefahr einer atomaren Eskalation ist auch militärische „Verteidigung“ keine sinnvolle und verantwortbare Option mehr. Die Alternative ist aber keineswegs Wehrlosigkeit bzw. „Unterwerfung“ – wenn auch angesichts der Opfer an Menschenleben Kapitulation allemal die rationalere Wahl sein kann. Die Friedensforschung hat bereits in den Fünfzigerjahren das Konzept der Sozialen Verteidigung entwickelt. Es geht davon aus, dass ein Aggressor nicht einfach ein Territorium besetzen will, sondern danach vor allem die Bevölkerung eines Landes kontrollieren muss. Genau hier eröffnen sich zahlreiche Möglichkeiten der Nichtkooperation mit dem Aggressor, der Verweigerung, des zivilen Ungehorsams, von Generalstreiks, etc., die

---

<sup>19</sup> [www.german-foreign-policy.com/news/detail/8818/](http://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8818/) (aufgerufen am 7. 4. 2022)

letztlich die gewaltsame Besetzung eines Landes für den Aggressor unattraktiv machen. Es gibt zahlreiche historische Beispiele für den Erfolg dieser gewaltfreien Strategie, vom Kapp-Putsch in Deutschland im Jahr 1920 bis hin zum Sturz des philippinischen Diktators Marcos in den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts.

---

## *Das ethische Fundament der Sozialen Verteidigung ist die Unüberbietbarkeit jedes einzelnen Menschenlebens im Sinne Immanuel Kants*

---

Selbst unter den Extrembedingungen der Nazi-Herrschaft hat das funktioniert (Eisenbahnerstreik in den Niederlanden im November 1944, Verhinderung der Deportation bulgarischer Juden). Natürlich ist sie mit keiner Erfolgsgarantie verbunden, aber das ist die hoch riskante militärische „Verteidigung“ schließlich auch nicht. Das ethische Fundament der Sozialen Verteidigung ist die Unüberbietbarkeit jedes einzelnen Menschenlebens im Sinne Immanuel

Kants. Keine Grenzverschiebung und kein geopolitischer Vorteil können das Opfer auch nur eines Menschenlebens rechtfertigen. Wenn es einen universalen Wert gibt, der auf dem Boden der abendländischen Philosophie gewachsen ist, dann ist es wohl diese Unüberbietbarkeit eines jeden Einzelnen.

Angesichts des hohen Blutzolls und angesichts der Gefahr einer atomaren Vernichtung erweist sich jede militärische Antwort als „ultima ratio“. Wer sich in die militärische Logik hineinbegibt, kommt letztlich in ihr um. Ihr ist die Tendenz zur Eskalation innerlich eingeschrieben. Wer auf dem Recht auf militärische Verteidigung beharrt, wird konsequenterweise auch weitere Aufrüstung mit all ihren, nicht zuletzt ökologischen, Folgen akzeptieren müssen. Es bleibt uns, jenes Fazit zu ziehen, das uns die Grünen-Politikerin und ehemalige Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer kurz vor ihrem Tod als ihr politisches Testament hinterlassen hat:

*Wer die Welt wirklich retten will, diesen kostbaren einzigartigen wunderbaren Planeten, der muss den Hass und den Krieg gründlich verlernen. Wir haben nur diese eine Zukunftsoption.*

Bruno Kern ist Theologe und Öko-Sozialist

## Wann kultivieren wir den Frieden?

Reinhard Heinrich

### Verzichtbare Errungenschaften

Im Laufe der Geschichte haben Völker respektive ihre Mächtigen fortwährend den Krieg kultiviert – als ob Krieg eine zivilisatorische Errungenschaft sei.

Dass Archäologen fortwährend eingeschlagene Schädel finden, mag noch angehen. Wenn aber die lebendige Überlieferung, die Erzählungen und Mythen, den Krieg als etwas positives preisen, solange er nur gewonnen wurde, sollte uns schaudern machen.

Nicht nur der Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung versuchte ein ganzes Volk „kriegstüchtig“ zu machen, wozu ihm Gehirnwäsche aller Art -- durch Film, Rundfunk, bildende Kunst (A. Braeker), autoritäre Musik (R. Wagner) , tote und lebende Schriftsteller und Dichter (H. Lersch) -- zur Verfügung stand, sondern auch schon davor war Krieg eine der „schönsten“ Sachen auf der Welt. Wenn man den offiziellen Kriegsberichten glauben darf. Was wir keinesfalls tun sollten!

Die Verherrlichung des Krieges ist leicht, wenn lange genug niemand mehr einen konkreten<sup>20</sup> Krieg durchlitten hat. Schon das Deborahlied (Richter 5) berichtet von gewonnenen Schlachten, als gäbe es nichts Schöneres. Und wir hätten vor 1884 (William Wright) nie von der Existenz der Hethiter erfahren, wäre nicht David auf die Idee gekommen, seinen Offizier Uriah (2 Sam 23,23.39) in den sicheren Tod zu schicken, um dessen Frau Batseba (Salomos Mutter und eine Stammutter Jesu) ganz für

sich zu bekommen. So kam die Geschichte in den Tanach.

Krieg schafft also nicht nur große, sondern auch kleine Probleme aus der Welt – wenn man selbst genügend „groß“ ist. Nur muss man das menschliche Kanonenfutter dazu bringen, den Krieg „groß“ zu denken. Und herrlich und befriedigend und ruhmreich und so weiter.

Doch der Krieg wurde auch anders „kultiviert“ – in durchaus positivem Sinne. Das auf Anregung von Henry Dunant 1863 gegründete Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) besteht aus bis zu 25 Schweizer Staatsbürgern, ist die älteste internationale medizinische Hilfsorganisation. (Wikipedia)

Der Menschenverbrauch hatte mit der Industrialisierung des Krieges Ausmaße angenommen, die zu Defiziten sowohl in der Produktion als auch der Konsumtion<sup>21</sup> führten. Aufgenommen wurde die daraus resultierende Genfer Konvention weltweit mit Dankbarkeit und Beifall als eine humanitäre Sache – die freilich nicht notwendig wäre, hätte man den Krieg als kulturelles Übel besiegt.

### „Schöne“ Kriegsbilder überall

Wer auf der Berliner Museumsinsel den Pergamon-Altar betrachtet, sieht einen Kampf der Götter gegen die Titanen. So alt ist also der Kriegskult. Nur, dass die Schöpfer dieses Kunstwerks den Kampf nicht als aktuelles Geschehen darstellen, sondern als Erzählung aus archaischen Zeiten. Nun hatten die antiken

protestantischen Arbeitsethos der Schweizer. Schweizweit fand die Vorlage dennoch 23,1% Zustimmung. Wer in Deutschland bundesweit 23,1% Zustimmung hat, gilt schon als ernst zu nehmende politische Konkurrenz – wenn nicht gar Gefahr.

<sup>20</sup> Bert Brecht: „Die Wahrheit ist konkret.“

<sup>21</sup>Schweizer Superreiche haben ab 2013 beinahe geschlossen die Volksabstimmung über ein bedingungsloses Grundeinkommen unterstützt, um den Absatz ihrer Produktion zu sichern. Gescheitert ist diese Abstimmung vermutlich am noch tief verwurzelten

Griechen durchaus verschiedene Auffassungen vom Krieg. In Sparta war er sehr in Mode, in Athen eher ein notwendiges Übel. Friedrich Schiller hat sich dazu als Jenaer Geschichtsprofessor eine Meinung gebildet.

Interessant fand ich seine Feststellung:

„Er (Lykurg, Gesetzgeber in Sparta) fing damit an, alle goldnen und silbernen Münzen zu verbieten und an ihrer Statt eiserne einzuführen.“

Als Kind fand ich selbst beim Herumkramen eiserne Eheringe meiner Urgroßeltern zusammen mit einer kleinen „Urkunde“, auf der stand: „Gold gab ich für Eisen. Eingeführt wurde dieser Spruch schon 1813, um die „Befreiungskriege“ gegen Napoleon Bonaparte zu finanzieren.

Und so kam er 1914 gerade recht, als es wieder gegen den „Erbfeind“ Frankreich ging, gegen den man ja in den letzten 100 Jahren beinahe immer gesiegt hatte. Die Urgroßeltern trugen ihre Eisenringe vermutlich mit Stolz. Damit waren sie in der Öffentlichkeit als aufrechte Patrioten erkennbar.

Und nun sollen wir also auch Stolz entwickeln und die Rüstungsindustrie ernähren helfen? Immerhin können wir heute gerne die Kriegsvorbereitung an der Supermarktkasse bezahlen. Gerne?

### **Kriegerdenkmale bis heute**

Wenn man im -- nicht ganz armen Sachsen -- heute durch die größeren Dörfer fährt, kann man an den Kriegerdenkmalen des 1. Weltkrieges die Namen der „gefallenen Helden“ sehen. Manchmal auf den Kirchhöfen, mitunter aber auch an zentralen Plätzen. Und einige Familiennamen existieren noch bis heute in den Gemeinden. Was hätten daraus

für Familien werden können – ohne diesen sinnlosen Tod?

In der DDR wurden diese Denkmäler nur mäßig gepflegt. Die Alliierten hatten den preußischen Militarismus 1945 für schädlich und schändlich erklärt. Geehrt wurden die – überwiegend kommunistischen – Opfer des Faschismus, daneben die gefallenen Sowjetsoldaten und die Opfer alliierter Bombenangriffe (z.B. Dresden).

„Heldengedenken“ gab es nur für aktive – vorzugsweise kommunistische – Antifaschisten. Jedenfalls solange sie Parteidisziplin hielten.

Heute sind die Kriegerdenkmale von 1914 – 1918 wieder gut in Schuss. Es ist kultivierte Kriegserinnerung – mit durchaus mahnendem Beigeschmack.

Aber den Frieden zu kultivieren, ihn als schützenswertes Kulturgut zu bewahren, ist noch immer schwierig. Das wäre mal eine Errungenschaft, vergleichbar mit der Erfindung des Rades, der Entdeckung der Röntgenstrahlung oder dem Flug in den Kosmos. Eine würdige Aufgabe für würdige Menschen, die sich nicht einfach mittels Gehirnwäsche unterbuttern lassen. Eine zivilisatorische Errungenschaft, die uns endlich über die Lebensweise von David und Goliath, Deborah und Nebukadnezar und meiner Urgroßeltern erheben würde. Die Pest, die Pocken und Covid 19 haben wir überwunden. Da sollte der einfache Friede als Kulturgut doch machbar sein.

Reinhard Heinrich ist Mitglied der Partei Die Linke Sachsen, der BAG linke Christinnen und Christen sowie der Redaktion [micha.links](http://micha.links)

## Mutig – stark – beherzt für die Arbeit an einer Welt ohne Kriege

Ökumenisches Friedenszentrum während des Evangelischen Kirchentags

Susanne Büttner

Wenn von 30. April bis zum 4. Mai der Deutsche Evangelische Kirchentag in Hannover tagt, wird das Friedensthema stark vertreten sein. Zusätzlich zu den rund 60 Veranstaltungen, die man unter der Rubrik „Frieden“ im offiziellen Programm findet, gibt es ein unabhängig vom Kirchentag organisiertes „Ökumenisches Friedenszentrum“. Unter dem Motto „Friedensfähig statt kriegstüchtig!“ laden von 1. – 3. Mai zahlreiche Friedensorganisationen in das ver.di-Zentrum Rotation in der Nähe des Hauptbahnhofs ein. Schirmfrau ist die frühere EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann. Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD, Landesbischof Friedrich Kramer, der Vorsitzende der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) und frühere badische Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh, der mennonitische Theologe Fernando Enns sowie die Theologin Klara Butting vom Friedensort Woltersburger Mühle wirken ebenfalls mit. Das Ziel der Organisatorinnen und Organisatoren ist es, „eine mutige, starke, beherzte theologische Stimme gegen die Militarisierung der (Welt-)Politik hörbar zu machen und einen christlichen Friedensruf ins Gespräch zu bringen“. Die Idee zu einer bundesweiten unabhängigen Friedenssynode, die einen „Friedensruf“ verabschiedet, entstand in einer Gruppe von überwiegend württembergischen Pfarrern und Pfarrern, die sich erstmals an Pfingsten 2022 nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine organisierte und im Herbst 2022 eine erste theologisch begründete Stellungnahme veröffentlichte. „Christinnen und Christen sagen Nein zu Waffenlieferungen und Aufrüstung - zum notwendigen Friedensbeitrag der Kirche für die Zukunft“ lautete der Text: „Aus unserer Sicht war die Politik der Aufrüstung der vergangenen Jahre kein Irrtum. Eine Welt ohne Waffen und Krieg muss das Ziel jeglicher christlicher Friedensethik bleiben.“

Der Initiativkreis für das Friedenszentrum, der inzwischen bundesweit vernetzt ist, hatte im Frühsommer letzten Jahres beim DEKT angefragt, ob das Anliegen einer „Friedenssynode“ im offiziellen Kirchentagsprogramm platziert werden könnte. Als dies abschlägig beschieden wurde, machte sich die Initiative auf die Suche nach einem eigenen Veranstaltungsort und be-

---

### *Unter dem Motto „Friedensfähig statt kriegstüchtig!“*

---

gann mit der Planung. Das dreitägige Programm, das neben Bibelarbeiten und Vorträgen auch Mittags- und Abendgebete, 16 Workshops zu friedenspolitischen Themen sowie eine Konzertlesung am Abend des 2. Mai mit Margot Käßmann zu ihrem Buch „Entrüstet Euch!“ vorsieht, ist vollständig ehrenamtlich organisiert.

Die Dringlichkeit für eine starke christliche Stimme gegen die immer offensichtlichere Kriegsvorbereitung in Deutschland ist der Motor für das Anliegen. Die Billigung der Rüstungsmilliarden durch den Bundestag, die geplante europäische Aufrüstung und die mögliche Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern in die Ukraine befeuern die militärische Eskalation in Europa. Doch diejenigen, die mahnen, man solle dringend daraus aussteigen, wirken wie aus der Zeit gefallen. Das gilt auch für die Kirchen. Der Slogan „Frieden schaffen ohne Waffen“ ist für viele nur noch eine belächelte Erinnerung an frühere Zeiten. Als 1983 der Kirchentag in Hannover tagte, war er geprägt von zehntausenden lila Tüchern gegen die

Stationierung von Mittelstreckenraketen, gegen deren Stationierung damit demonstriert wurde. Heute gibt in der evangelischen Kirche beim Thema „Friedensethik“ die Militärseelsorge den Ton an. Sie bereitet aktiv den

Der „christliche Friedensruf“, der am 1. Mai 2025 in Hannover verabschiedet werden wird, versteht sich in dieser historischen Situation

„Beitrag“ der Kirche zum Operationsplan Deutschland mit vor: Das Szenario, bei dem man sich im Kriegsfall auf Tausende von Toten und Verletzten am Tag vorbereitet.

als ein Bekenntnis zu einer aktiven Friedenspolitik. Hier ist er bereits im Wortlaut abgedruckt.

## **Friedensfähig werden! – Friedensruf von Christinnen und Christen**

### **Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg.**

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ lautet die Lehre daraus. Jetzt ist erneut von „Kriegstüchtigkeit“ die Rede.

Jesus Christus aber sagt: „Selig sind, die Frieden stiften“. Die aktuellen Kriege sind für uns eine Mahnung zur Umkehr. Gottes Wort ruft uns, friedensfähig zu werden.

#### **1. Du sollst nicht töten! (2. Mose 20,13)**

Das Tötungsverbot gilt auch angesichts von Krieg und Gewalt. In jedem getöteten Menschen stirbt ein Ebenbild Gottes. Wir können keine Waffen auf andere Menschen richten, weil wir „damit die Waffen auf Christus selbst richteten“ (Dietrich Bonhoeffer).

#### **2. Liebt eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen! (Matthäus 5,44)**

Es wird gesagt, Aggressoren müssten auf dem Schlachtfeld besiegt oder militärisch zu Verhandlungen gezwungen werden.

Jesus Christus mutet uns jedoch zu, unsere Feinde zu lieben. Das bedeutet nicht, Unrecht und Aggression hinzunehmen. Doch es verlangt, sich von vereinfachendem Gut-Böse-Denken zu lösen und die eigene Mitverantwortung für die Entwicklung von Konflikten zu erkennen.

#### **3. Denn uns ist ein Kind geboren, ein ... Friedefürst. (Jesaja 9,5)**

Es wird gesagt, wir erlebten eine Zeitenwende, die eine Politik der militärischen Stärke erfordere. Für uns hat sich die Zeitenwende in Jesus Christus ereignet.

Wir setzen nicht auf die Gewalt der Waffen, sondern auf Diplomatie und gewaltfreien Widerstand.

#### **4. Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun. So soll es nicht sein unter euch. (Matthäus 20,25f)**

Es wird gesagt, Menschen zum Kriegsdienst zu zwingen sei legitim, um Freiheit und Menschenrechte zu verteidigen.

Unsere Solidarität aber gilt allen, die den Kriegsdienst verweigern oder sich ihm entziehen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht.

#### **5. Stecke dein Schwert an seinen Ort! Denn wer das Schwert nimmt, der wird durchs Schwert umkommen. (Matthäus 26,52)**

Es wird gesagt, Gewaltverzicht sei naiv, unrealistisch und unvernünftig.

Jesus aber lehrt uns die Vernunft eines Gewaltverzichts, der die Spirale der Eskalation durchbricht. Krieg produziert ungezählte Tote, Verletzte, Vertriebene und Traumatisierte. Er bedroht das Leben

auf unserer Erde, bis hin zur atomaren Vernichtung. Darum treten wir ein für die Rückkehr zur Abrüstung und den Verzicht auf Rüstungsexporte.

**6. Und der Gerechtigkeit Frucht wird Friede sein, und der Ertrag der Gerechtigkeit wird Ruhe und Sicherheit sein auf ewig.** (Jesaja 32,17)

Es wird gesagt, die Wirtschaft müsse wachsen. Dies führt ökologisch und sozial in eine Sackgasse. Der Wettstreit um Ressourcen führt heute schon zu Kriegen. Die Folgen sind verheerend, vor allem für den globalen Süden.

Jesus Christus jedoch hat das Teilen und die Rücksichtnahme gelehrt. Voraussetzung für den Frieden ist eine Wirtschaft, die das Gemeinwohl sowie den Umwelt- und Klimaschutz in den Mittelpunkt stellt.

**7. Sie werden ihre Schwerter zu Pflugscharen machen und ihre Speere zu Sicheln ... und sie werden hinfort nicht mehr lernen, Krieg zu führen.** (Micha 4,3)

Es wird gesagt, wir müssten kriegstüchtig werden und Frieden durch Aufrüstung sichern.

Wir aber wollen friedensfähig werden. Geld, Zeit, Kreativität und andere Ressourcen müssen in die soziale, kulturelle und ökologische Transformation investiert werden statt in Waffen und Krieg. Wer Frieden will, muss Frieden üben.

Wir beten und arbeiten für eine Kirche, die den Frieden Jesu Christi bezeugt und ausbreitet. Wir treten ein für eine Welt ohne Gewalt. Wir ermutigen uns gegenseitig zu einer Praxis des Friedens – im Vertrauen auf Gottes Frieden.

Initiative Christlicher Friedensruf Hannover 2025 (beraten und endgültig verabschiedet wird der christliche Friedensruf am 1. Mai 2025 im Ökumenisches Friedenszentrum während des Evangelischen Kirchentags in Hannover)

Susanne Büttner ist Pfarrerin der württembergischen Landeskirche und Mit-Initiatorin für das Ökumenische Friedenszentrum in Hannover

Ökumenisches Friedenszentrum  
Hannover 2025



friedensfähig  
statt  
kriegstüchtig

## REZENSIONEN

### Ein Enkel sagt NEIN!

Der Soldat Jürgen Borchert kehrt nach dem Krieg heim. Eindrücklich ist sein Appell: „Dann gibt es nur eins! Sag NEIN!“ Ole Nymoens gehört zu Borcherts Enkelgeneration und sagt ebenfalls Nein. Und er begründet fein säuberlich, Argument für Argument, warum er niemals für sein Land kämpfen würde. Sein Plädoyer gegen die Kriegstüchtigkeit ist ein Plädoyer für Vernunft in Zeiten hysterischer Aufrüstung und Militarisierung. Er erzählt zu Beginn von seinem Friedhofsbesuch, wo seine ostpreußischen Vorfahren begraben liegen. Da liegen sie nun vereint, nachdem sie gegeneinander gekämpft haben. Jetzt sieht sich der Enkel Ole Nymoens erneut der Rede von Kriegstüchtigkeit ausgesetzt und sagt: Nein. Es sind vornehmlich die Alten, die nicht mehr „ins Feld“ ziehen müssen, die von der Jugend Kriegstüchtigkeit und Kampfbereitschaft abverlangen. Fakt aber ist: Nur 19 Prozent von ihnen sind „auf jeden Fall zur Vaterlandsverteidigung“ bereit. Satte 59 Prozent sind gegen eine neue Wehrpflicht, die erneut einzuführen sich die neue Regierung - noch –



nicht gewagt hat.

Nymoens wiederholt nicht nur bekannte pazifistische oder moralische Positionen. Es geht

ihm auch nicht um Gewissensfragen. Sein Ausgangspunkt ist eindeutig und klar: Das Leben ist das höchste Gute, auch höher als die Freiheit. Wer das sagt, wird als Vaterlandsverräter oder – in der grün-liberalen Variante – als naiver, friedensverwahrloster Lumpenpazifist beschimpft. Für den CDU-Politiker Roderich Kiesewetter ist das nichts anderes als „zynisch“. Man müsse bereit sein, für sein Land zu kämpfen. Nymoens Buch basiert auf einem Artikel in der Zeit, der einen Shit-Storm mit heftigen Debatten und vielen hundert Leserbriefen ausgelöst hatte. Sie hatten allesamt den Grundtenor: Der Autor sei unsolidarisch, seine mangelnde Kampfbereitschaft würde Freiheit nicht schätzen. Er wird für seine Position kritisiert, sie sei narzisstisch und wohlstandsverwöhnt. Ole Nymoens wird gescholten, weil er nicht für Deutschland in den Krieg ziehen würde. Er fragt zurück: „Ist mir diese Freiheit etwas nicht mein Leben wert? Ganz ehrlich: Nein. ... Das Recht, meine Meinung zu äußern, ist mir ganz bestimmt nicht mein Leben wert.“ Ist also das Leben das höchste aller Güter oder ist es die Freiheit? Was heißt das im Blick auf autoritäre Staaten, in denen Bürger keine Rechte haben? Der Autor ist irritiert über den Vorwurf, er kenne nur sein Ich, Ich, Ich. Ja, er kenne vieles, für das er zu kämpfen bereit sei. Dazu zählt er eine solidarische Gesellschaft, das Projekt eines modernen Sozialismus, eine Gesellschaft, in der sich keiner mehr Sorgen darum machen müsste, was er morgen zu essen gibt.

Nymoens Breitseite gegen die Kriegstüchtigkeit ist mehr als berechtigt. Doch die Alternative ist nicht: Kampfbereitschaft oder Unterwerfung. Schade, dass Nymoens sich nicht Strategien der sozialen Verteidigung einbezieht. Dann bekäme seine Argumentation ein noch stringenter Schärfe. Denn soziale Verteidigung ist ein Konzept des gewaltfreien Widerstands, der eine Gesellschaft erfolgreich gegen einen militärischen Überfall von außen, aber auch gegen einen gewaltsamen Putsch von innen schützen soll. Bei sozialer Verteidigung geht es auch darum, das Leben, die Meinungsfreiheit und Menschenrechte aktiv und gewaltfrei zu verteidigen gegen Angriffe von außen und innen.

Ole Nyomen hat ein wunderbar subversives und aufklärendes Buch geschrieben, das nüchtern und sachlich argumentiert. Man möchte ihm viele kritische Leser und Leserinnen in diesen Zeiten der Aufrüstung und der Militarisierung des Denkens wünschen. Denn: „Dabei gibt es so viel, für das es sich zu leben lohnt – und nichts, wofür man sterben sollte.“ – In der Tat: Ein Enkel des dem Krieg entronnen Jürgen Borchert sagt: Nein!

## Materialien

### Material für die Grundschule und die Gemeinde



#### **„Mit Franz und Klara aus Assisi auf der Suche nach einem anderen Leben.“**

Franz und Klara von Assisi sind nicht nur zwei bekannte Gestalten aus der Geschichte des Christentums, sondern auch zwei faszinierende Menschen, die bis heute inspirierend wirken. Sie lebten ihre Lehre von einem anderen Leben und haben Nachfolge in ihrem Leben praktisch verwirklicht.

Das Heft zeigt Möglichkeiten auf, mit Kindern in Schule und Kirche anhand dieser beiden Personen einen Perspektivwechsel vorzunehmen und die Welt durch Franz' und Klaras Lebensbotschaft neu zu beleuchten: Es geht um einen anderen Umgang mit Zeit,

#### **Literaturhinweis:**

Ole Nymoen, Warum ich niemals für mein Land kämpfen würde. Gegen die Kriegstüchtigkeit, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Hamburg, 2025

Franz Segbers, Mitglied des Redaktionsteams von [micha.links](http://micha.links)

Krankheit und Armut. Es geht darum, die ganze Schöpfung als eine große Geschwistergemeinschaft zu sehen. In unserer Welt, in der das Wachstum an seine Grenzen gekommen ist, kann die Botschaft eines Lebens, das nach anderen Bedürfnissen fragt, Befreiung sein. Die vorliegenden Ideen und Materialien liefern Anregungen, die franziskanischen Erzählungen anhand kreativer Methoden und Zugänge mit Kindern abwechslungsreich und vielseitig zu bearbeiten.

Dieses umfangreiche Material enthält eine Unterrichtseinheit mit elf Bausteinen sowie Ideen für Kirche mit Kindern, u.a. für Kinderfreizeit, Krippenspiel, Passionsspiele und Musical-Lieder.

Mit Franz und Klara aus Assisi auf der Suche nach einem anderen Leben

Material für die 2./3. Klasse | Material für Kirche mit Kindern

Hanna Dallmeier & Annika Landt (Hg.)

Schulmaterial: Annika Landt, Ulla Wigger

Material für Kirche mit Kindern: Hanna Dallmeier, Sabine Hiller, Thorsten Leißer, Susanne Paetzold, Sandra Roland

Edition ITP-Kompass, Münster 2025, ISBN: 978-3-91088201-0, 144 Seiten, Preis: 12,80 €

Bestellung: [buecher@itpol.de](mailto:buecher@itpol.de)

## Josef Ostermann, Herrschaft und Befreiung. Fünfzig Jahre Befreiungstheologie – Eine Bestandsaufnahme

Der vorliegenden Publikation geht es um eine kontextuelle Verortung der jeweiligen Momente und Orte sowie um die bleibenden Herausforderungen, denen sich die Befreiungstheologie von Beginn an gestellt hat. Nachgezeichnet werden insbesondere die verschiedenen Phasen und Subjekte, aber auch die kreativen Wendungen und geografischen Ausprägungen dieser einen Theologie.

Das Fazit des Autors: «Inzwischen bin ich überzeugt, dass die Befreiungstheologie weder tot noch totgesagt, sondern lebendig und bunt, vielfältig und herausfordernd, vor allem aber nötiger denn je ist. Ob sie als solche auch benannt wird, ist nicht wichtig. Entscheidend ist die befreiende Botschaft: Eine andere Welt ist möglich!»

## Josef Estermann, Herrschaft und Befreiung. Fünfzig Jahre Befreiungstheologie – eine Bestandsaufnahme

Edition Exodus, Luzern 2025, ISBN 978-3-907386-04-0, 191 Seiten, Preis 22,00 Euro  
Bestellung: [buecher@itpol.de](mailto:buecher@itpol.de)

Kuno Füssel/Julia Lis/Michael Ramminger (Hg.),  
„**Warum die Theologie nicht klein und hässlich sein muss**“. Politisch-theologische Anfragen an die Zeitenwende und Rückfragen aus unserem messianischen Erbe

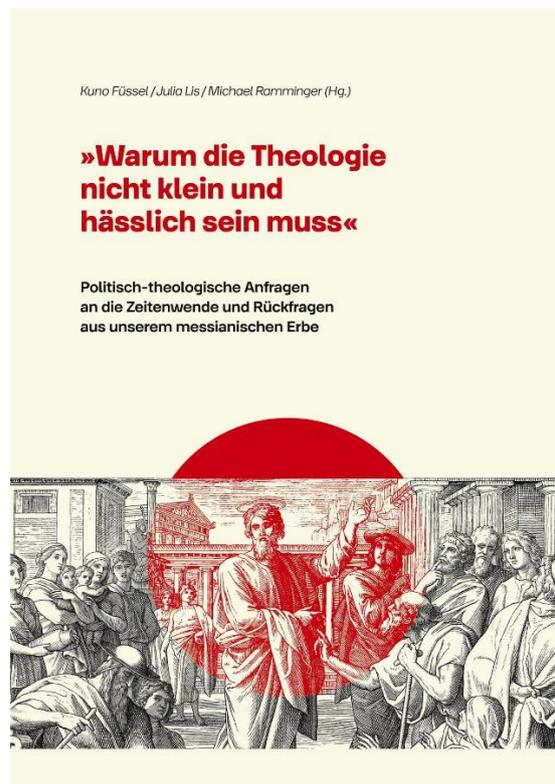
Das Buch dokumentiert die Tagung aus Anlass von 30 Jahren ITP und enthält Beiträge von Kuno Füssel und Michael Ramminger, Charlotte Cremer Jauregui, José A. Zamora u.a.

Bestellung: [buecher@itpol.de](mailto:buecher@itpol.de)

„**Warum die Theologie nicht klein und hässlich sein muss**.“ Politisch-theologische Anfragen an die Zeitenwende und Rückfragen aus unserem messianischen Erbe

ITP-Kompass, Münster 2024, Preis: 19,80 €

Bestellung: [buecher@itopl.de](mailto:buecher@itopl.de).



„**Es lebe die Armut!**“ Franz und Klara von Assisi  
Wir weisen hin auf unsere neueste Publikation zu Klara und Franz von Assisi. Beide Personen faszinieren die Menschen bis heute: In Assisi, der Stadt, mit deren Gesellschaft sie am Anfang ihres Weges brachen und der sie doch bis zu ihrem Tode verbunden blieben, reißen die Pilgerströme bis heute nicht ab. Im Mittelpunkt steht dabei Franz von Assisi als sanfter Tier- und Naturfreund, anspruchslos und arm. Für Klara ist die Nebenrolle vorgesehen: als stille Nachfolgerin oder als Geliebte.

### „**Es lebe die Armut! Franz und Klara von Assisi**“

Die 28-seitige farbige Broschüre eignet sich für den Einsatz im Religionsunterricht, in der Gemeinde oder der Erwachsenenbildung  
[https://www.itpol.de/es\\_lebe\\_die\\_armut/](https://www.itpol.de/es_lebe_die_armut/)

1 Ex. = 0,50 €, 10 Ex. = 5,00 €, 25 Ex. = 10,00 €, 50 Ex. = 15,00 € (zuzüglich Versandkosten)

Bestellung: [buecher@itpol.de](mailto:buecher@itpol.de)

## Hinweis auf eine Veranstaltung der LAG Linke Christinnen und Christen in Baden-Württemberg

### «Ohne Waffen, aber nicht wehrlos»

Das Konzept der Sozialen Verteidigung

**Termin: 24. Mai 2025 Workshop**

#### Veranstaltungsort:

Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg  
Ludwigstr. 73a, 70176 Stuttgart

**Zeit:** 24.05.2025, 14:00 - 17:00 Uhr

#### Referenten:

**Dietrich Becker-Hinrichs**, Vorsitzender der  
Werkstatt für Gewaltfreie Aktion in Freiburg  
**Caudia Haydt**, Vizepräsidentin der Europäischen  
Linken

Moderation: **Joachim Thomas**, Mitglied des

Sprecher\*innenrats der LAG Linke Christ\*innen  
Baden-Württemberg

Vor dem Hintergrund des Ukrainekriegs und der Forderung nach immer mehr Aufrüstung in Europa ist das Konzept der Sozialen Verteidigung wieder aktuell geworden. Es geht darum, das Leben, die Meinungsfreiheit und Menschenrechte aktiv und gewaltfrei zu verteidigen gegen Angriffe von außen und innen.

Und die Linke? Sowohl als politische Formation als auch in ihrer organisatorischen Form als Partei Die Linke fehlt eine programmatische Auseinandersetzung mit nicht-militärischen bzw. gewaltfreien Konzepten wehrhafter gesellschaftlicher Organisation.

---

## Impressum: micha.links

Herausgeber:

Bundesarbeitsgemeinschaft LINKE Christ\*innen;

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD),

Christinnen für den Sozialismus / Christen für den Sozialismus, Ökumenisches Netz Netz Rhein-Mosel-Saar.

Verlagsort: Berlin

ISSN 2750-5405

Verantwortl. Redakteure für micha.links 1 / 2025: Hartmut Futterlieb / Franz Segbers

Redaktionsteam: Tobias Foß, Martin F. Herndlhofer, Julia Lis, Helge Meves, Jürgen Klute, Christoph Rinneberg, Franz Segbers, Reinhard Heinrich

Kontakt: Franz Segbers, mail@franz-segbers.de

Layout: Helge Meves

Internet: eingestellt unter der Webadresse: [https://www.die-](https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/weitere-zusammenschluesse/bag-linke-christinnen/michalinks/)

[linke.de/partei/parteidemokratie/weitere-zusammenschluesse/bag-linke-christinnen/michalinks/](https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/weitere-zusammenschluesse/bag-linke-christinnen/michalinks/)

Erscheinungsweise: 3-mal jährlich

Vertrieb und kostenfreier Bezug: bag.linkechristinnen@die-linke.de

**micha.links darf gerne an andere Menschen weitergeleitet werden!**